

PAZIFIK GESAMT

Ozeanien erfüllt MDGs nach Halbzeit nicht

Nach einem „Halbzeitbericht“ der Vereinten Nationen wird es die Region Ozeanien in den nächsten acht Jahren voraussichtlich nicht schaffen, die „Millenium Development Goals“ (Jahrtausend-Entwicklungsziele) zu erfüllen. Sieben Jahre nach der „United Nations Millenium Declaration“ steht Ozeanien bei vielen der zu erreichenden Ziele an der letzten Stelle der Länder, die sich den MDGs verpflichtet haben. In einigen Bereichen ist Ozeanien sogar schlechter positioniert als die unter dem Begriff „Sub-Sahara-Afrika“ subsumierten afrikanischen Länder.

Im September 2000 hatten sich die 192 Mitgliedsstaaten der Vereinten Nationen (UN) entschlossen, der weltweiten Armut und dem Hunger ein Ende zu machen. Sie verfassten dazu acht Ziele, die es bis zum Jahr 2015 zu erreichen gilt. Zu den Zielen gehören der Kampf gegen extreme Armut und Hunger, das Recht jedes einzelnen Menschen auf eine Grundbildung, die Gender-Gerechtigkeit und das „Empowerment“ von Frauen und Mädchen, die Reduzierung der Säuglings- und Kindersterblichkeit, die Verbesserung der Gesundheitssituation von Müttern, der Kampf gegen HIV/AIDS und Malaria, eine nachhaltig bewirtschaftete Umwelt mit Zugang zu sauberem Trinkwasser für alle Menschen sowie eine länderübergreifende Unterstützung so genannter „Entwicklungsländer“ durch die Industriestaaten.

Der „Millenium Development Goals Report 2007“ zeigt nun für jede einzelne Region auf, inwieweit die Zielvorgaben nach der Halbzeit Mitte 2007 erreicht wurden. Interessanterweise taucht Ozeanien beim ersten Ziel (Verminderung extremer Armut

und Hunger) in der Statistik nicht auf. Die Pazifikinsulaner gelten aufgrund ihrer Subsistenzlebensweise nicht als „arm“ oder vom Hunger bedroht. Im Bereich der Primärbildung hat Ozeanien im Vergleich zu 1991 Fortschritte erzielt: 78 % aller Kinder erhalten eine Schulbildung (1991:75 Prozent). Schlechter sieht es bei der Gleichberechtigung von Frauen und Männern im Berufsleben aus. Nur 38 % der in Ozeanien außerhalb des landwirtschaftlichen Sektors berufstätigen Menschen sind Frauen (zum Vergleich: In Industrienationen - engl. „developed regions“ - sind 47 % aller Erwerbstätigen Frauen). An letzter Stelle steht der Pazifik, wenn es um Frauen in politischen Führungspositionen geht: Nur 3 % der Frauen sind in politischen Ämtern aktiv (22 % in Industriestaaten).

Positiv zu vermerken ist der Rückgang der Kindersterblichkeit. Die Quote liegt nun bei 63, d.h. auf 1.000 Lebendgeburten kommen 63 Kinder, die im Alter von unter fünf Jahren sterben (Vergleich: 17:1.000 in Europa). Ganz schlecht ist es um die Impfquote im Pazifik bestellt. Nur 63 % der Kinder zwischen 12 und 23 Monaten sind gegen Mäserten geimpft. Hier liegt Ozeanien an letzter Stelle der Länder, ebenso wie im Bereich der AIDS-Erkrankungen unter Frauen: 59 % aller an AIDS erkrankten Personen im Pazifik sind Frauen und Mädchen, das ist die höchste weibliche AIDS-Rate weltweit. Dafür ist immerhin die Zahl der Tuberkuloseerkrankungen auf 341 pro 100.000 Menschen gesunken (von noch 590:100.000 im Jahr 1990).

Als positiv bezeichnet der Bericht auch die Umweltsituation. So sind noch 63 % aller Flächen in Ozeanien mit tropischem Regenwald bedeckt, damit liegt Ozeanien weit vor Südamerika und Asien sogar an erster Stelle in der Länderstatistik. Auch der Kohlendioxidausstoß der pazifischen Länder ist im internationa-

len Vergleich vernachlässigenswert.

In seinem Vorwort zum Bericht kommt José Antonia Ocampo, der Under-Secretary General for Economic and Social Affairs der UN, zu der Schlussfolgerung, dass viele Staaten bereits auf einem guten und richtigen Weg zur Erreichung der MDGs seien, dass man jedoch die Anstrengungen verstärken müsse, um alle Ziele in den nächsten sieben Jahren erreichen zu können. (Pressemitteilung Caritas Australia 05.07.07, MDG-Report 2007 auf <http://mdgs.un.org/unsd/mdg/Default.aspx>)

Zunahme des illegalen Thunfischfangs

Ende Mai traf sich die „Pacific Islands Forum Fisheries Agency“ (FFA) zu ihrer jährlichen Hauptversammlung in der neuseeländischen Hauptstadt Wellington. Die FFA wurde 1979 mit dem Ziel gegründet, die Mitgliedsländer bei der Bewirtschaftung ihrer Thunfischressourcen innerhalb der exklusiven ökonomischen Zonen zu unterstützen. Inzwischen gehören 17 pazifische Staaten der FFA an. Das Sekretariat der Forum Fisheries Agency befindet sich in Honiara, der Hauptstadt der Salomonen.

Bei dem diesjährigen Treffen der Mitgliedsländer der FFA, die größtenteils auch der „Kommission für die Bewahrung und das Management wandernder Fischarten im zentralen und westlichen Pazifik“ (Commission for the Conservation and Management on Highly Migratory Fish Stocks in the Central and Western Pacific Ocean, WCPFC) angehören, ging es vor allem um die Zunahme des illegalen Thunfischfangs im Pazifik.

Der Exekutivdirektor der „Western and Central Pacific Fisheries Commission“ (so die allgemeine Abkürzung der Kommission), Andrew Wright, äußerte gegenüber der Zeitschrift „Pacific Magazine“ Bedenken über die

illegale Fischerei im Stillen Ozean. Es gäbe Hinweise auf eine starke Zunahme von illegalen Fischereiaktivitäten in den Hoheitsgewässern von Französisch-Polynesien über die Cook-Inseln bis nach Kiribati. Vermehrt wären hier Fischkutter unter südamerikanischer Flagge unterwegs, die sonst im östlichen Pazifik auf Thunfischfang gehen. Da die Zahl der Fische im Ostpazifik stark zurückgegangen ist, weichen die Fischer immer weiter in Richtung Westen aus.

Die Thunfisch-Fischerei im Zentral- und Westpazifik wird von der 2004 gegründeten WCPFC mit Sitz in Pohnpei (Mikronesien) überwacht. Nach Angaben von Andrew Wright dürfen nur Schiffe unter den Flaggen der Mitgliedsstaaten dieser Kommission in dieser Region fischen. *"Die lateinamerikanischen Staaten gehören nicht dazu, daher werden sämtliche Fischereiaktivitäten in dieser Region als illegal angesehen"*, meinte Wright.

Die Kommission soll dafür Sorge tragen, eine der wichtigsten Wirtschaftszweige der Region nicht zu gefährden. Die pazifische Thunfisch-Fischerei wird von Experten mit einem Wert von rund zwei Milliarden US Dollar jährlich beziffert.

Der neuseeländische Fischereiminister Jim Anderton forderte am Rande des Treffens bei einem Regierungsempfang, dass der Thunfischfang vor allem den pazifischen Staaten zu Gute kommen müsse. Die Inselstaaten würden viel zu wenig von dieser Ressource profitieren, meinte der Minister. Gerade im Hinblick auf die ohnehin fragile ökonomische Situation der Staaten sei das bedauerlich. Die Mitgliedsländer der FFA müssten noch stärker zusammenarbeiten, um den illegalen Thunfischfang einzudämmen, forderte Anderton. *"Wir hier im Pazifik tragen Verantwortung für die weltweit größten Bestände an Thunfisch"*, machte der Minister klar.

Bei einem Seminar zur Wirtschaft Papua-Neuguineas warnte Professor Tom Kompas von der Australian National University (Canberra) kürzlich vor der Überfischung der Thunfischbestände im Pazifik zugunsten von schnelllebigen höheren Profiten. In seinem Vortrag vor Experten mit dem Titel "Tuna Resource Management: Economic Profit and Optimal Effort in the Western and Central Pacific Tuna Fisheries" erklärte Professor Kompas vor allem die ausländischen Fischfangflotten zu den Schuldigen bei der Überfischung einiger Thunfischarten. Ein großes Problem stelle auch die moderne Fischfangausrüstung dar. Habe man in den 1950er Jahren noch mit rund 100 Millionen Haken gefangen, würden inzwischen mehr als 700 Millionen Köder und Haken ausgebracht. Auch seien die Fangflotten heute länger und öfter auf den Meeren unterwegs als noch vor einigen Jahrzehnten, beklagte der Spezialist. Kompas riet, auf kurzfristigen Profit durch hohe Fangquoten zu verzichten, sondern eher weniger zu fischen. So könnten sich die Fischbestände erholen, die Preise für seltene Thunfischarten stiegen auf dem Weltmarkt in die Höhe und die Fischer könnten durch höhere Preise die fehlenden Mengen ausgleichen.

(Flash d'Océanie 30.05.07, <http://www.wcpfc.int/>, <http://www.ffa.int/>, <http://www.beehive.govt.nz/>, Islands Business June 2007, S. 36)

MSG vereinbart stärkere Zusammenarbeit

Die „Melanesian Spearhead Group“ (MSG) hat am 26. März des Jahres in Vanuatu eine neue Satzung verabschiedet. In der MSG haben sich die melanesischen Staaten Papua-Neuguinea, Fidschi, die Salomonen, Vanuatu und die Unabhängigkeitsbewegung des französischen Überseegebietes Neukaledonien zusammengeschlossen. Rund acht der elf Millionen Einwohner des Pazifiks gehören damit dem Bündnis an.

Die Satzung wurde von den wichtigsten Regierungsmitgliedern der Staaten unterzeichnet. Für Papua-Neuguinea war Premierminister Sir Michael Somare nach Port Vila gereist, für die Salomonen Premierminister Manasseh Sogavare, für Vanuatu Premier Ham Lini, für Fidschi der Interims-Außenminister Ratu Epeli Nailatikau und für Neukaledonien Victor Tutugoro, der Sprecher der Unabhängigkeitsbewegung FLNKS (Front de libération nationale kanak et socialiste).

Der MSG-Vorsitzende Michael Somare (PNG) sprach bei dem anschließenden Empfang von einem „historischen Tag“ für die MSG, die bereits im April 1988 gegründet wurde. 1993 hatten die zunächst drei Mitgliedsländer der MSG (PNG, Vanuatu und die Salomonen) ein gemeinsames Handelsabkommen unterzeichnet, das den innerstaatlichen Handel sowie den Export steuern sollte. Das Abkommen war zunächst rein auf die wirtschaftliche Ebene bezogen. Es sollte vor allem die Handelsbeziehungen untereinander verbessern, und zwar im *„Geist der melanesischen Solidarität“* (Zitat). 1998 schloss sich Fidschi dem Abkommen an.

Die Mitgliedsländer verpflichten sich in dem so genannten „Melanesian Spearhead Group Trade Agreement“ zur Respektierung und Förderung der melanesischen Kultur sowie zur stärkeren wirtschaftlichen und technischen Zusammenarbeit.

Mit der neuen Satzung hat die MSG ihre Zusammenarbeit nun über die wirtschaftliche Ebene hinaus ausgedehnt. Vereinbart wurde z.B. die gegenseitige Unterstützung in Fragen der Sicherheit sowie die Unterstützung von Staaten, die bisher noch nicht ihre Unabhängigkeit erlangt haben (Beispiel: Neukaledonien). Externe Beobachter bewerten die aktualisierte Satzung der MSG und ihre neuen Ziele

als richtungsweisend für den gesamten Pazifik.

Australien hat sehr überrascht auf den „melanesischen Block“ (so der Spitzname in der australischen Presse) reagiert, zumal nun innerhalb der MSG Überlegungen zum Aufbau einer eigenen „melanesischen Armee“ angestellt werden. Die Australier fürchten, dass ihre (militärische) Unterstützung in pazifischen Krisenregionen, wie z.B. die „Regional Assistance Mission to the Solomon Islands“ (RAMSI), damit überflüssig werden könnte.

Die MSG wünscht sich eine Aufstockung ihrer Gruppe um zwei weitere pazifische Länder. Johnny Koanapo, der Leiter der MSG-Geschäftsstelle, sagte, die „melanesische Familie“ sei erst mit Westpapua und Osttimor vollständig. So war bereits bei der Unterzeichnung der neuen Satzung in Port Vila ein Platz am Verhandlungstisch symbolisch für Westpapua freigehalten worden. Australien und Neuseeland täten gut daran, den Einfluss der MSG im Pazifik nicht zu unterschätzen, warnte Koanapo.

Die MSG wird finanziell von China unterstützt. Im September 2007 wird mit chinesischen Geldern eine neue MSG-Geschäftsstelle in Port Vila (Vanuatu) gebaut. Damit solle die Bedeutung Vanuatus als „politisches Zentrum Melanesiens“ unterstrichen werden, erklärte Koanapo. (Radio New Zealand 23.03.07, National 27.03.07, Courier International 24.05.07)

MELANESIEN

PAPUA-NEUGUINEA

Vorläufiges Wahlergebnis

Vom 30. Juni bis 14. Juli 2007 fanden in Papua-Neuguinea die achten Parlamentswahlen für die Amtsperiode von 2007 bis 2012

statt. Die endgültigen offiziellen Wahlergebnisse werden erst am 13. August bei der ersten Parlamentsitzung bekannt gegeben. Da jedoch die meisten der abgegebenen Stimmen schon ausgezählt sind, dürfte sich an den bereits bekannt gewordenen Ergebnissen nicht mehr sehr viel ändern. Die 109 Sitze des Parlaments verteilen sich auf 20 politische Parteien. 20 Parlamentarier sind unabhängig. Mit 27 Sitzen ist die National Alliance Party die stärkste Partei im Parlament, gefolgt von der PNG Party (8 Sitze) und der People's Action Party (6 Sitze). Die Pangu Party hat 5 Sitze bekommen, ebenso wie das People's Democratic Movement und die United Resources Party. Es folgen mit je vier Sitzen die New Generation Party, die People's Progress Party und die People's National Congress Party. Mit nur einem Sitz vertreten sind die Melanesian Alliance Party, die National Advance Party, die People's First Party, die PNG Conservative Party, die PNG Labour Party sowie die PNG National Party.

Sir Michael Somare (National Alliance) hat zum neunten Mal seit Beginn seiner Politlaufbahn den Einzug ins Parlament geschafft. Der Premier vertritt seine Heimatprovinz East Sepik. Eine Überraschung war die Wahl des Rechtsanwaltes und Menschenrechtsaktivisten Powes Parkop als neuer Gouverneur des National Capital District, sprich der Hauptstadt Port Moresby. Die örtliche Presse überschlug sich mit Lobeshymnen für den altgedienten Politiker und sprach vom Anbruch einer „neuen Ära“. Parkop hatte sich im Wahlkampf als korruptionsresistenter und loyaler Politiker positioniert: *„Ich habe keine Millionen Kina, die ich euch geben könnte, aber ich habe Millionen von Ideen, die ich mit euch teilen möchte“*, sagte der keiner Partei angehörende Parkop.

Mit Erstaunen reagierten die einheimischen Medien auch auf

die aktive politische Rückkehr von Julius Chan, Ex-Premierminister von 1980 bis 1982 und von 1994 bis 1997. Chan (People's Progressive Party) vertritt die Provinz Neuirland im Parlament. Nicht unerwartet wurde die einzige Frau im Parlament, Lady Carol Kidu von der Melanesian Alliance Party, erneut für die Region Moresby South Open gewählt. Auch Sir Mekere Morauta (PNG Party), der Ex-Premierminister in den Jahren 1999 bis 2002, konnte seinen Sitz im Parlament behalten. Der ehemalige Premierminister Rabbie Namaliu (1988 – 1992), Chef der ältesten Partei Pangu Party und derzeitiger Finanzminister, verlor überraschend seinen Sitz im Parlament zugunsten von Oscar Tammur.

Trotz einer gültigen Verurteilung zu 12 Jahren Haft wegen Vergewaltigung eines 12-jährigen Mädchens gewann dagegen James Yali für die Rai Coast einen Sitz. Yali saß während des gesamten Wahlkampfes im Gefängnis von Beon (Madang). Von dort aus hatte er jedoch die Genehmigung der Wahlkommission (PNG Electoral Commission) erhalten, sich als Kandidat für die Unabhängigen aufstellen zu lassen.

Als Partei mit den meisten Sitzen im Parlament wird die National Alliance unter Michael Somare nun von Generalgouverneur Sir Paulias Matane gebeten, mit anderen Parteien zu koalieren, um die einfache Mehrheit zu erringen. Somare benötigt dafür insgesamt 55 Sitze. Als Parteichef der führenden Partei wird Somare voraussichtlich erneut von Matane zum Premierminister gewählt werden. So ist zumindest das politische Prozedere bei Parlamentswahlen vorgeschrieben. Nach eigenen Angaben will Somare mit den unabhängigen Parlamentariern koalieren, dann fehlen ihm noch 8 Stimmen bis zum Erreichen der Mehrheit.

Im Vergleich zu den Parlamentswahlen von 2002 verliefen

die diesjährigen Wahlen recht ruhig. Drei Menschen kamen bei Gewaltausbrüchen am Rande der Wahl ums Leben. (Zum Vergleich: In 2002 waren es noch über 100 Tote.) Für Ordnung und Sicherheit sorgten rund 11.000 Polizisten und Sicherheitskräfte. Die einheimische Polizei war mit australischen Polizisten verstärkt worden. Auch unabhängige Wahlbeobachter waren in den einzelnen Provinzen im Einsatz. (*Post-Courier, National, BBC News, Asia Pacific News, Pacific Islands Report* vom 30. Juni bis 6. August 2007, *Flash d'Océanie* 06.08.07, <http://www.pnqec.gov.pg/resultsNat2007/PartyStanding.htm>, *CIA World Factbook*, http://en.wikipedia.org/wiki/Papua_New_Guinean_general_election%2C_2007)

Entschädigung für Ok Tedi-Gemeinden

Im Rahmen einer Nachprüfung des „Community Mine Continuation Agreement“ (CMCA) hat die Bergbaugesellschaft Ok Tedi Mining Limited (OTML) im Juni über eine Milliarde Kina (ca. 256 Millionen €) Entschädigungszahlungen geleistet. Das Geld erhielten sechs Gemeinden mit über 160 Dörfern entlang der Flüsse Ok Tedi und Fly im Gebiet der Ok Tedi-Kupfermine bei Tabubil in der Western Province.

Die rund 50.000 betroffenen Menschen bekamen das Geld als Entschädigung für die große Umweltbelastung durch Abräume („tailings“) in den Flusssystemen. Der unabhängige Prüfer des CMCA, John Kawi, sagte, in die Nachprüfung des Abkommens seien rund 500 betroffene Dorfbewohner eingebunden worden, um größtmögliche Transparenz bei der Vergabe der Gelder zu erzielen. Als einzigartig bezeichnete Kawi die Tatsache, dass 10 % der Entschädigungszahlungen bewusst an Frauen gingen. OTML habe mit dieser Vergabep Praxis einen „Meilenstein“ erreicht.

Der scheidende OTML-Generaldirektor Keith Faulkner sagte, die Entsorgung der Ab-

räume aus der Mine bleibe eine der größten Herausforderungen für das Management von OTML. Über die Jahre hinweg seien immer wieder Umweltstudien entlang der Flüsse durchgeführt worden, die die Verschlammung des Ufers, die Belastung des Wassers durch Giftstoffe und die damit einhergehende Vergiftung der Fische dokumentiert hätten. Man sei sich dieser Probleme sehr bewusst. Gerade in den letzten Jahren machte OTML vor allem der Abfluss von säurehaltigem Wasser aus dem Gestein, das aus der Mine gefördert wird, zu schaffen („acid rock drainage“). Die Säure entsteht durch Oxidation von sulfidhaltigem Mineral und ist besonders umweltschädlich. OTML habe nun damit begonnen, das Eisensulfid aus den Abräumen abzuspalten und es in speziellen luftdichten Stätten so zu lagern, dass eine Oxidation nicht mehr möglich ist, erläuterte Faulkner. In Bige, einem Dorf nahe der Mündung des Fly Flusses, habe man bereits vor Jahren eine große Auskiesungsfläche angelegt. Bige ist durch Abräume aus der Mine besonders betroffen, der Fluss ist in Höhe der Ortschaft total verschlammt. Beim Durchströmen der Auskiesungsfläche sollen die giftigen Schwermetalle ausgesiebt und danach sicher gelagert werden, um weitere Umweltbelastungen zu vermeiden. Die Testphase in Bige lief bis 2002, seither werden jährlich rund 15 Millionen Tonnen Abraum erfolgreich ausgesiebt. Dieses Projekt habe sich OTML immerhin 446 Millionen Kina (ca. 115 Mio. €) kosten lassen, machte Faulkner deutlich.

Info: Die Ok Tedi Mine ging 1984 in Betrieb. Sie liegt am Mount Fulbian in den Star Mountains nahe der Grenze zu Westpapua und ist eine der größten Tagebauminen der Welt. Anteilseigner der Mine, die von OTML betrieben wird, sind PNG Sustainable Development Program Limited (52 %), Inmet Mining Ltd (18 %) und die Regierung von Papua-Neuguinea (30 %). Die

30 % Anteile der Regierung verteilen sich wie folgt: 15 % hält die Regierung direkt, 12,5 % hält die Western Province und 2,5 % halten die traditionellen Landbesitzer im Minengebiet. OTML beschäftigt 2.000 Arbeiter, davon rund 1.900 Einheimische. Das Kupfererz aus der Mine wird zur Weiterverarbeitung vor allem nach Asien und Europa (u.a. nach Deutschland) exportiert. Nach Angaben von OTML soll die Mine 2013 geschlossen werden, dann sind die Kupfervorkommen voraussichtlich erschöpft. Die betroffenen Menschen haben bereits jetzt Vorsorge für die Zeit nach der Schließung der Mine getroffen und eine „Ok Tedi Fly River Development Foundation“ gegründet. (*Post-Courier* 02.07., 09.07.07, <http://www.oktedi.com>, <http://www.oktedi.com/community/mineWaste.php>)

Nautilus sucht weitere Investoren

Die kanadische Bergbaufirma „Nautilus Minerals Exploration Ltd.“ verfolgt ihr Ziel des Tiefseebergbaus ab 2009 aggressiv weiter. Bei einem Geschäftsessen im Hotel Crowne Plaza in Port Moresby erklärte der Präsident und Geschäftsführer von Nautilus, David Heydon, das „Solwara 1“ Projekt schon in der Anfangsphase zum größten Erfolg im Tiefseebergbau weltweit.

Die von Nautilus entdeckten Gold- und Kupferfelder befinden sich in der Tiefsee zwischen den Inseln Neubritannien, Neuirland und Manus. In spätestens zwei Jahren will Nautilus dort an 160 bis 210 Tagen pro Jahr die Bodenschätze aus der Tiefe holen. Heydon konnte den Geschäftspartnern und interessierten Firmen bei der Präsentation im Hotel bereits einen Videofilm über die Fortschritte beim Bau der Überwasserplattform und weiterer Anlagen vorführen. Die Gold- und Kupfervorkommen sollen mittels eines Tiefseebohrers von einem speziell dafür

konstruierten Schiff geborgen werden. Dazu werde man zwei je 2.400 Meter tiefe Löcher in den Meeresgrund bohren, erläuterte Heydon. Die Bodenschätze (neben Gold und Kupfer auch Zink und Silber) sollen dann über eine 1.800 Meter lange Pipeline an Land gebracht werden, wo sie in den dort noch zu erbauenden Anlagen weiterverarbeitet werden sollen.

Nautilus konnte bisher rund 275 Millionen US Dollar an Kapital anhäufen. Für die erste Phase von Solwara 1 sei das genug Geld, berichtete Heydon, das u.a. zum Ankauf von Land an der Küste für die weiterverarbeitenden Betriebe ausgegeben werden soll. Man benötige aber noch mehr Kapital und strebe deshalb längerfristig den Börsengang an die Börse von PNG (Port Moresby Stock Exchange) an. Seit zehn Monaten ist Nautilus bereits an der kanadischen Börse in Toronto gelistet und konnte dort zufriedenstellende Gewinne einfahren. Nordamerikanische und britische Investoren taten ihr übriges.

Anteilseigner an dem Tiefseebergbauprojekt von Nautilus sind die russische Bergbaugesellschaft Epion Holdings, Anglo American PLC, Teck Cominco Ltd. und die kanadische Gesellschaft Barrick Gold.

Nautilus hat von der Regierung Papua-Neuguineas elf Bergbaulizenzen für Tiefseefelder erhalten. Insgesamt kann die Firma ihre Bergbauprojekte so auf einer Fläche von 21.386 Quadratkilometern (ca. die Größe Griechenlands) durchführen. (*Islands Business* May 2007, <http://www.nautilusminerals.com>)

Somare in Holzindustrie verstrickt

Der neuguineische Premierminister Sir Michael Somare hat zugegeben, finanziell an der umstrittenen Abholzungsindustrie beteiligt zu sein. Gegenüber

einem einheimischen Radiosender sagte Somare, er sei Aufsichtsratsvorsitzender bei der „Sepik River Development Corporation“ (SRDC), einem einheimischen Abholzungsbetrieb. Die SRDC erwarb Lizenzen zum Holzeinschlag von der Firma „Hey Bridge Pty. Ltd.“. Brisanterweise ist der größte Anteilseigner von Hey Bridge der Sohn des Premiers, Arthur Somare. Arthur Somare ist zurzeit Informationsminister für Staatsbetriebe („Public Enterprise Information Minister“).

Im Rahmen seiner Tätigkeit hält Sir Michael Somare eine Lizenz zum Holzeinschlag in seinem Heimatbezirk im Distrikt Angoram in der Eastern Sepik Province. Die Lizenz der Familie Somare ist Teil der „Lower Sepik Concession“, die sich auch auf einen Teil des Landschaftsschutzgebietes „Mojirau Wildlife“ bezieht. Insgesamt hält die SRDC Lizenzen zum Einschlag in acht ausgewiesenen Regenwaldgebieten.

Die Information über die Verwicklung Somares in die Holzindustrie war bereits vor über einem Jahr von der australischen Zeitschrift „The Weekend Australian“ an die Öffentlichkeit gebracht worden. Damals hatte Somare bestritten, in Aktivitäten der SRDC verwickelt zu sein. Die Wahrheit kam jetzt durch einen „dummen Zufall“ ans Licht. Der deutsche Axel Wilhelm, Umweltbeauftragter bei der äußerst umstrittenen malaysischen Abholzungsfirma „Rimbunan Hijau“, hatte in einem Brief an die australische Tageszeitung „The Australian“ erklärt, die „Yale School of Forestry and Environmental Studies“ (Forsthochschule) hätte in einem Bericht die Abholzung des neuguineischen Regenwaldes als „nachhaltig“ („sustainable“) bezeichnet. Rimbunan Hijau ist die größte Abholzungsfirma in Papua-Neuguinea, rund 80 % des Holzeinschlags werden von ihr getätigt. Die malaysische Firma soll nach Recherchen von ein-

heimischen Umweltschützern und dem „PNG Eco-Forestry Forum“ auch illegalen Holzeinschlag betreiben.

Die bekannte US-amerikanische Yale University sah durch Wilhelms Brief an die Presse ihren guten Ruf als unabhängige Forschungseinrichtung beschädigt und ging ihrerseits an die Öffentlichkeit. Man habe keinen eigenen Bericht über die Nachhaltigkeit von Holzeinschlag in PNG oder in anderen Ländern veröffentlicht, ließ die Universität über ihre stellvertretende Direktorin Melissa Goodall verbreiten, sondern man vertraue dem Bericht der Weltbank, die den Holzeinschlag in PNG zu 70 % als illegal einstufte. Man habe auch nie öffentlich Stellung zu den Praktiken der Abholzungsindustrie genommen.

Erst letzten Monat hatte die „International Tropical Timber Organization“ (ITTO) einen von der Regierung PNGs in Auftrag gegebenen Bericht vorgelegt, in dem es heißt, dass die Gesetze zum Schutz vor illegaler Abholzung in Papua-Neuguinea nicht eingehalten würden. Die australische Regierung unter Premierminister John Howard fördert zurzeit mit einer 200 Millionen AUS Dollar teuren Initiative den Kampf gegen den illegalen Holzeinschlag in Papua-Neuguinea.

Michael Somare sah sich durch die diversen Artikel und Gegen Darstellungen in den australischen Medien in die Enge gedrängt und gab schließlich in einem Interview mit dem „PNG Radio“ zu, als Aufsichtsratsvorsitzender für die SRDC tätig zu sein. Somare erklärte, die Abholzung sei eine legitime Einkommensquelle für Gemeinden und ermögliche diesen z.B. den Bau von Gesundheitsstationen.

(*Asia Pacific* 20.06.07, *The Australian* 20.06.07, *Post-Courier* 22.06.07, <http://www.illegal-logging.info>, <http://www.itto.or.jp>)

Hohes Bevölkerungswachstum

Nach neuesten Schätzungen der Vereinten Nationen hat Papua-Neuguinea im Jahr 2007 6,1 Millionen Einwohner. Das jährliche Bevölkerungswachstum liegt bei 2,7 % und ist damit vergleichsweise hoch (Deutschland: -0,06 %, Marshall-Inseln 3,29 %). Der neuguineische Gesundheitsminister Sir Peter Barter erklärte, in PNG sei vor allem die Verstädterung besonders hoch. Rund 14 % der Gesamtbevölkerung des Staates lebt in der Hauptstadt Port Moresby und in der unmittelbaren Umgebung. Nach offiziellen Angaben von UNAIDS (United Nations Programme on HIV/AIDS) sind 60.000 Menschen in PNG an dem lebensbedrohenden HI-Virus erkrankt, das entspricht rund 1 % der Bevölkerung. (*Flash d'Océanie* 29.06.07, *CIA World Factbook*, Statistisches Bundesamt)

Neue Kina-Banknote

Anlässlich der Teilnahme Papua-Neuguineas an den „South Pacific Games“ hat die Bank von PNG (BPNG) Mitte Juni eine neue 5-Kina-Banknote herausgebracht. Fünf Kina entsprechen zurzeit etwa 1,30 €. Die neue Banknote gleicht der alten in Größe und Design. Als zusätzliches Element wird das alte Design jedoch von einem Aufdruck mit dem Logo des PNG Teams überlagert. Das Logo der Sportler zeigt einen Paradiesvogel in den Farben rot, schwarz und gold.

Die „South Pacific Games“ (SPG) finden vom 25. August bis zum 8. September in Apia, Hauptstadt von Samoa, statt. Sie sind vergleichbar mit den Olympischen Spielen. Jedes pazifische Land entsendet seine besten Sportler, so auch Papua-Neuguinea das so genannte „PNG Team“. Bereits anlässlich der letzten „South Pacific Games“ hatte die Bank of PNG eine neue Banknote herausgebracht.

Damals handelte es sich um eine 2-Kina-Note mit dem Aufdruck des Logos der SPG. (*National* 20.06.07)

BOUGAINVILLE

Gerichtsverfahren wieder aufgenommen

Die bereits im Jahr 2000 eingereichte Klage von Landbesitzern aus Bougainville gegen die multinationale Bergbaugesellschaft Rio Tinto vor dem Zivilgericht von San Francisco (USA) wird wieder aufgenommen. Die Bougainvilleans hatten diese Klage mit Hilfe der amerikanischen Rechtsanwaltskanzlei „Hagens Berman Sobol Shapiro“ (Seattle) unter dem so genannten „Alien Tort Claims Act“ von 1789 vor einem amerikanischen Zivilgericht einreichen können.

Der „Alien Tort Claims Act“ (ATCA, Gesetz zur Regelung von ausländischen Ansprüchen) legt fest, dass Ansprüche, die sich auf das US-amerikanische Zivilrecht stützen, vor US-amerikanischen Gerichten verhandelt und erklagt werden können, auch wenn die Beteiligten nicht US-amerikanischer Nationalität sind und die Ereignisse, die die Anspruchsgrundlage darstellen, nicht auf US-amerikanischem Boden stattgefunden haben. Allerdings gilt das Gesetz nur für Verstöße gegen das Völkerrecht oder gegen einen Staatsvertrag, bei dem die USA einer der Vertragspartner ist. Dadurch, dass weder Ort noch Beteiligte eine Beziehung zu den USA haben müssen, macht es der ATCA in der Theorie möglich, jeglichen zivilen Schadensfall in jedem Land der Welt vor einem US-amerikanischen Gericht zu verhandeln bzw. jegliche Zivilklage statt vor ein lokales Gericht vor ein US-Gericht zu bringen.

Die Klage der Landbesitzer vor dem Zivilgericht war 2002 vom amerikanischen Außenministeri-

um ausgesetzt worden mit der Begründung, dass man die Friedensverhandlungen auf Bougainville nicht durch ein laufendes Gerichtsverfahren belasten wolle. Außerdem war Rio Tinto in die Berufung gegangen und hatte diesen Prozess zunächst auch gewonnen. Doch auf eine Klage auf Wiederaufnahme der Klage hin genehmigte 2006 das US-amerikanische Berufungsgericht den Fortgang des Prozesses. Im April dieses Jahres erklärte dann das Gericht entgegen dem Willen der Bush-Regierung die Klage endgültig für rechtens. Rechtsanwalt Steve W. Bermann, der die Landbesitzer vertritt, äußerte sich zuversichtlich, dass man nun Erfolg haben werde und die Landbesitzer endlich entschädigt werden können. Bermann hofft auch auf einen Erfolg bei einer weiteren Forderung in seiner Klageschrift, die von Rio Tinto die Säuberung und Entgiftung des Minengeländes und der angrenzenden Umgebung fordert.

Die Landbesitzer fordern von Rio Tinto Entschädigungszahlungen als Ausgleich für die Zerstörung der Umwelt (Abholzung des Regenwaldes, Ablagerung des giftigen Abraums aus der Panguna-Mine) und ihrer Lebensumstände. Während des laufenden Betriebs der Panguna-Mine in den Jahren 1972 bis 1988 waren tausende Menschen umgesiedelt worden, sie erkrankten durch Schadstoffe in Luft und Trinkwasser oder verloren Angehörige bei dem langjährigen Kampf der „Bougainville Revolutionary Army“ gegen den Minenbetreiber und der anschließenden zehnjährigen Blockade der Insel durch australisches und neuguineisches Militär. Bis zum Abschluss eines vorläufigen Friedensabkommens 1998 in Neuseeland sind vermutlich rund 10.000 Menschen auf Bougainville ums Leben gekommen. Das entspricht 10 % der Gesamtbevölkerung.

Die Klageschrift gegen Rio Tinto enthält nicht nur die Forderung

nach milliardenschwerer finanzieller Entschädigung für den Verlust der (sauberen) Umwelt und die Zwangsumsiedlung betroffener Landbesitzer, sondern sie beschuldigt Rio Tinto direkt der Zerstörung des traditionellen Lebensstils der Einwohner von Bougainville. Die Anwälte erklären in der Klageschrift, dass die ursprünglich matrilinear (mutterrechtlich) organisierte Gesellschaft, die von Fischfang und Subsistenzwirtschaft lebte, durch die Bergbauaktivitäten und die daraus entstehenden Folgen zerstört worden sei. Die aufgrund ihrer besonderen familiären Strukturen und ihrer nach außen hin scheinbar „heilen“ Welt im pazifischen Volksmund als „Sacred Island“ (heilige Insel) bekannte Insel habe durch die internen Kämpfe um die Mine, die Zersplitterung des Gemeinwesens, Depression, Alkohol- und Drogenkonsum, Vergewaltigungen und andere Gewaltakte die Grundlagen eines funktionierenden Sozialwesens verloren. Die Klageschrift zählt detailliert auf, in welchen gesellschaftlichen Bereichen der Betrieb der Mine, die Kämpfe und die Blockade zu Änderungen geführt haben. Sie kommt zu dem Schluss, dass *„...all distress signals of a people severed from their roots“*.

In der Klage bezichtigt Anwalt Berman Rio Tinto auch des Verstoßes gegen das Völkerrecht, z.B. des Verstoßes gegen das Grundrecht des Menschen auf Leben und Gesundheit, des Verstoßes gegen das Verbot der Diskriminierung aufgrund der Rasse sowie des Verstoßes gegen das gültige Kriegsrecht. Steve Bermann macht Rio Tinto auch mitverantwortlich für die zehnjährige Blockade der Insel, indem er dem Bergbaukonzern nachweist, dass dieser das Militär aus PNG logistisch unterstützt hat. (In These Times News 31.05.07, <http://www.unpo.org>, <http://investing.reuters.co.uk/news/>, <http://www.findlaw.com>, Wikipedia)

Moderne Kommunikation ermöglicht

Die neuguineische Telekommunikationsfirma „Telikom PNG Ltd.“ hat einen 5-Jahres-Vertrag mit der autonomen Provinzregierung von Bougainville (Autonomes Bougainville Government, ABG) unterzeichnet. Der Geschäftsführer der Telikom, Peter Loko, und ABG-Präsident Joseph Kabui unterschrieben das Abkommen Anfang Juni auf der Insel Buka. Die Telikom hat am Tag der Unterzeichnung bereits die Kommunikation über Mobilfunk ermöglicht. Sie stellte ein Handynetz zur Verfügung und ließ tausende von Mobiltelefonen und Handy-Prepaid-Karten auf die Insel bringen. In den nächsten Monaten sollen 16 VSAT Satellitentelefone für die satellitengestützte Kommunikation folgen, ebenso sollen auf der Hauptinsel Bougainville, auf der Insel Buka und auf allen vorgelagerten Inseln öffentliche Internetterminals aufgebaut werden. Funkstationen sollen folgen, um das Telikom-eigene Radio „FM100“ überall empfangen zu können.

ABG-Präsident Joseph Kabui sagte, nun beginne endlich auch das Zeitalter der modernen Kommunikation auf Bougainville. Die Jahre der Isolation seien vorüber und mit der nationalen neuguineischen Telefongesellschaft Telikom habe man einen erfahrenen und starken Partner gewinnen können. Telikom-Chef Peter Loko erklärte, man sei der erste Anbieter von Kommunikationsdienstleistungen auf Bougainville, da man in den rund 200.000 Menschen in der Region ein großes Kundenpotential entdeckt habe. Loko dankte vor allem den Telikom-Ingenieuren, die in den vergangenen Monaten hart gearbeitet hätten, um das Mobilfunknetz aufzubauen und pünktlich in Betrieb zu nehmen. (The National 04.06.07)

Illegaler Goldhandel

Nach Recherchen der englischsprachigen neuguineischen Tageszeitung „The Post-Courier“ sind in diesem Jahr bereits mehr als 500 Kilogramm Gold aus Bougainville geschmuggelt worden. Angeblich seien hochrangige Politiker in den Goldschmuggel verwickelt. Das Gold werde über den Luft- und Seeweg meist über Gizo (Salomon-Inseln) aus dem Land geschmuggelt, heißt es in dem Artikel.

Die Polizei von Bougainville erklärte, man habe noch keine konkreten Angaben zum Goldschmuggel erhalten, wisse aber, dass es diesen gäbe. Die verantwortlichen Politiker der autonomen Provinzregierung von Bougainville sagten, ihnen seien die Hände gebunden, da die Aufsicht über den Bergbau in den Händen des neuguineischen Bergbauministeriums liege. Schon mehrfach hatte der Präsident der autonomen Provinzregierung (ABG) Joseph Kabui, die Regierung in Port Moresby angemahnt, seiner Regierung endlich die Verantwortung für den Bergbausektor zu übertragen. Dass dies nicht längst geschehen sei, sei ein Verstoß gegen das „Bougainville Peace Agreement“, in dem in verschiedenen Paragraphen festgeschrieben ist, dass die autonome Provinzregierung die größtmögliche politische Eigenverantwortlichkeit übernehmen soll. Auch in der Verfassung von PNG heißt es *„...that both Governments (PNG and ABG) shall agree on the transfer of whatever powers and functions with the ABG will be ready for - in this case the mining and petroleum powers“*.

Ein Reporter des „Post-Courier“, dem es „undercover“ gelang, Kontakt zu den Schmugglern aufzunehmen, hatte den Goldschmuggel an die Öffentlichkeit gebracht. Daraufhin wurde das Thema auch prominent bei einem Treffen der „Bougainville Business Association“ Mitte Juni

auf Buka verhandelt. Der Sprecher der Geschäftsleute, Thomas Rabanz, erklärte, dieser „Unsinn müsse sofort aufhören“, da die Verfassung der autonomen Provinzregierung festlege, dass die Ressourcen der Insel Eigentum aller Bewohner seien. (Post-Courier 08.06.07, 13.06.07)

SALOMONEN

RAMSI verlängert

Das Engagement der „Regional Assistance Mission to the Solomon Islands“ (RAMSI) ist um ein weiteres Jahr verlängert worden, wie Premierminister Manasseh Sogavare bekannt gab. Seit dem 24. Juli 2003 ist die unter australischer Führung stehende Truppe auf den Salomonen im Einsatz. Die 2.200 Soldaten und Polizisten kommen aus Australien, Neuseeland und aus den Mitgliedsländern des Pacific Islands Forum (PIF). RAMSI war im Zuge der so genannten „Erklärung von Biketawa“ eingesetzt worden. In Abkehr von der bisher geübten Praxis der Nichteinmischung in innere Angelegenheiten der Mitgliedsländer erlaubt die Erklärung, jene Mitglieder zu kritisieren, die vom Weg der Demokratie abkommen. Die Biketawa-Erklärung nimmt Bezug auf die Harare-Deklaration des Commonwealth of Nations, welche Kritik an einem Mitgliedsstaat und Sanktionen zulässt. In der Erklärung haben sich die PIF-Mitgliedsländer verpflichtet, sich bei internen Krisen und/oder (ethnischen) Konflikten gegenseitig relativ unbürokratisch Hilfe zu leisten. RAMSIs Einsatz heißt deshalb in Pidgin auch „Operation Helpem Fren“ (Operation Hilfe für den Freund).

Nach jahrelangen kämpferischen Auseinandersetzungen zwischen dem „Isatabu Freedom Movement“ und Mitgliedern der von der Nachbarinsel Malaita stammenden Guerillaorganisation „Malaita Eagle Force“ sollte RAMSI Recht und Ordnung wie-

der herstellen und die Regierung der Salomonen beim Aufbau eines funktionierenden Staatswesens und einer tragfähigen Wirtschaft unterstützen. Seit November 2003 wurde die Anzahl der Soldaten innerhalb der RAMSI nach und nach zugunsten ziviler Experten ersetzt. Bei den Zivilisten handelt es sich um Rechtsanwälte, Finanzfachleute, Betriebswirte und Angestellte des Öffentlichen Dienstes. Sie sollen einheimische Fachkräfte ausbilden („capacity building“) sowie den durch Korruption und Misswirtschaft geschwächten Staatshaushalt stabilisieren.

Der am 4. Mai 2006 nach einem politischen Regierungsumsturz ins Amt des Premiers gewählte Sogavare betrachtet das Engagement von RAMSI eher negativ. Er sieht darin einen Hegemonialanspruch Australiens. Letztendlich musste er jedoch einer Verlängerung des RAMSI-Mandats zustimmen, nachdem die PIF-Mitgliedsländer bei ihrem letzten Gipfeltreffen in Fidschi die Verlängerung des Einsatzes quasi angeraten hatten. Dazu hatte das Forum extra eine „Taskforce“ gegründet, die den RAMSI-Einsatz einer gründlichen Auswertung und Qualitätsanalyse unterziehen sollte. (<http://www.ramsi.org/>, Islands Business June 2007, Flash d'Océanie 19.07., 26.07.07)

Förderung durch EU

Mit 11,9 Millionen € wird die Europäische Union (EU) die ländliche Entwicklung auf den Salomonen fördern. Diese Vereinbarung wurde Ende Juli in der Hauptstadt Honiara von Aldo Dell'Araccia, dem EU-Delegationsleiter für die Region Melanesien (Vanuatu, PNG und die Salomonen) unterzeichnet.

Die Gelder sollen die Infrastruktur zwischen den Inseln verbessern und die bei dem Tsunami von Anfang April zerstörten Tarnsportwege wieder aufbauen. Vor allem die Schäden in den

größeren Ortschaften auf Guadalcanal sollen behoben werden. Straßen, Brücken und Hafenanlagen in der Ostprovinz und in Choiseul sollen wieder aufgebaut werden, dafür stehen 3,1 Millionen € zur Verfügung. 3,5 Mio. € will die EU in die Armutsbekämpfung in den ländlichen Regionen investieren. 2,6 Mio. € sollen zur Verbesserung des Schiffsverkehrs zwischen den einzelnen Inselgruppen verwendet werden. Weitere Summen fließen in den Wiederaufbau des Schul- und Bildungssystems. Davon sollen vor allem die katholische Schule Saint Dominique und das Gymnasium in Vanga profitieren. Beide Lehrereinrichtungen waren von dem Tsunami stark in Mitleidenschaft gezogen worden. (Flash d'Océanie 31.07.07)

Schutz von Flora und Fauna

Am 24. Juni haben sich die Salomonen dem internationalen Vertrag zum Schutz bedrohter Tier- und Pflanzenarten angeschlossen („Convention on International Trade in Endangered Species of Wild Flora and Fauna“, CITES). CITES ist ein internationales Abkommen zwischen Regierungen, das 1975 in Kraft trat. Bisher haben 172 Staaten das Abkommen ratifiziert. Ziel ist es, dafür zu sorgen, dass der internationale Handel wildlebender Tiere und seltener Pflanzen nicht zu deren Aussterben führt. Das CITES-Abkommen schützt inzwischen rund 30.000 Arten und bezieht sich nicht nur auf lebende Tiere (Löwen, Tiger, Elefanten etc.) und Pflanzen, sondern auch auf alle Produkte von vom Aussterben bedrohten Arten (Krokodilleder, Elfenbein, Korallen etc.).

Jeffrey Kauha, Staatssekretär im Ministerium für Wälder, Umwelt und Konservierung (Ministry of Forests, Environment and Conservation), erklärte, das Abkommen sei für die Salomonen besonders wichtig im Hinblick

auf den Schutz der endemischen Schmetterlinge. So hätten in den vergangenen Jahren mehr als 98 illegale Lieferungen seltener Schmetterlinge den europäischen Markt erreicht.

Weitere pazifische Staaten, die das CITES unterzeichnet haben, sind Australien, Fidschi, Neuseeland, Palau, Papua-Neuguinea, Samoa und Vanuatu. (*Solomon Star* 27.06.07, <http://www.cites.org/>)

FIDSCHI

Landesweite Streikwelle

Landesweite Streiks dreier Gewerkschaften sorgen für Unruhe in Fidschi. Mitte Juli trat die „Fiji Nurses Association“ in einen unbefristeten Streik. Der Gewerkschaft gehören Krankenschwestern und Pflegepersonal an. Sie streiten für die Verbesserung der Arbeitsbedingungen sowie für höhere Gehälter. Wenige Tage später schloss sich die Gewerkschaft der Arbeiter („Viti National Union of Taukei Workers“, VNUTW) den Streikenden an. Zeitgleich entschloss sich auch die Gewerkschaft der Lehrer („Fijian Teachers Association“, FTA), die Arbeit niederzulegen. Die Streikwelle hat das ganze Land erfasst. Der amtierende Premierminister einer seit dem Putsch vom 5. Dezember 2006 bestehenden Übergangsregierung, Konteradmiral Voreqe (Franck) Bainimarama, entschloss sich zu einem harten Vorgehen gegenüber den Streikenden. So wurde der Generalsekretär der VNUTW, Taniela Tabu, ins Hauptquartier der Armee zitiert, wo er sich einer hochnotpeinlichen Befragung über das Warum des Streiks unterziehen musste. Nach Aussagen Tabus wurde er gezwungen, in Unterwäsche über das Militärgelände zu marschieren, wobei ihm Soldaten sogar den Tod androhten, sollten die Arbeiter den Streik fortsetzen.

Tevita Koroi, Gewerkschaftsführer der FTA, wurde aus seinem

Amt entlassen. Er hatte die Direktoren der Schulen schriftlich zum Streik und zur Schulschließung aufgerufen. Der Chef der fidschianischen Armee, Interims-Premierminister Franck Bainimarama, betonte, nur der Minister für Bildung und Erziehung habe das Recht, Schulen zu schließen. Zwischenzeitlich bewachten Polizei und Armee die Schulen im ganzen Land. Sie sollten verhindern, dass Gewerkschaftsmitglieder mit „Streik!“-Schildern die Gebäude betreten. Der Streik der Lehrer wurde jedoch nach nur einem Tag abgebrochen. Der Bildungsminister Netani Sukanaivalu hatte kurzerhand die erst am 20. August beginnenden Ferien auf den 6. August vorverlegt und bekanntgegeben, dass die Ferien nun am 17. August enden würden. Daraufhin hatte Gewerkschaftsführer Tevita Koroi den Streik mit der Begründung abgeblasen, eine Niederlegung der Arbeit in den Schulferien sei sinnlos.

Die drei Gewerkschaften haben gemeinsam mehrere tausend Mitglieder. Allein die Fiji Teachers Association hat 4.200 Mitglieder, die VNUTW hat 600 und die Public Employees Union (Gewerkschaft der Arbeitnehmer im Öffentlichen Dienst, PEU) sogar 5.500. Die PEU schloss sich dem Streik inzwischen an.

Die Ziele der Streikenden sind eine Lohnerhöhung um mindestens 5 % sowie die Rücknahme des Regierungsbeschlusses, das Renteneintrittsalter von 60 auf 55 Jahre zu senken. Der derzeitige Finanzminister und ehemalige Premierminister Mahendra Chaudhry hat eine Lohnerhöhung um 5 % vehement abgelehnt und dies mit den Sparzwängen des Staatshaushaltes begründet. Der Staat sei in einer „*prekären finanziellen Lage*“ und die Anfang des Jahres von der Übergangsregierung gemachten Versprechen einer Lohnerhöhung könnten nicht eingehalten werden, so Chaudhry. Die Gewerkschaften hatten daraufhin Chaudhrys Rücktritt verlangt.

Der Minister für den Öffentlichen Dienst, Poseci Bune, erklärte, die Regierung könne maximal einer Lohnsteigerung um 1 % zustimmen. Das entspricht einer Gehaltserhöhung von beispielsweise 6 FJ Dollar (ca. 2,80 €) monatlich für Krankenschwestern. (*Flash d'Océanie* 24.07., 02.08., 03.08.07, www.fijilive.com)

NEUKALEDONIEN WALLIS UND FUTUNA

Thémérou zurückgetreten

Die Präsidentin der Territorialregierung von Neukaledonien, Frau Marie-Noëlle Thémérou, ist am 24. Juli von ihrem Amt zurückgetreten. Der Rücktritt machte Neuwahlen des Kabinetts innerhalb von 14 Tagen nötig. In dieser Übergangszeit agiert das Kabinett als „caretaker“.

Der Kongress musste sich zunächst für die Zahl der Minister innerhalb des 54-sitzigen Parlaments entscheiden und anschließend die Portfolie vergeben. Bisher bestand das Kabinett aus 11 Ministern, vier von der führenden Anti-Unabhängigkeitspartei „Rassemblement“, vier von der ebenfalls unabhängigkeitsfeindlichen Partei „Avenir Ensemble“, zwei von der Pro-Unabhängigkeitspartei „FLNKS-Palika“ sowie einem Minister von der „Union Calédonienne“, einer ebenfalls die Unabhängigkeit befürwortenden Partei.

Am 31. Juli entschied der Kongress, das neue Kabinett ebenfalls mit elf Mitgliedern zu besetzen. Zügig war man sich über den neuen Sprecher des Kongresses einig geworden: Der 57-jährige Pierre Frogier (Rassemblement) setzte sich mit 35 Stimmen der 54 Parlamentarier gegen Jean-Pierre Djaiwe (UNI-FLNKS, 18 Stimmen) durch.

Die 54-jährige Thémérou hatte ihren Rücktritt lange angekünd-

digt, er kam deshalb nicht über- raschend. Begründet hat sie ih- ren Rückzug aus der Politik mit Unstimmigkeiten und Personal- streitigkeiten innerhalb ihrer Par- tei „Avenir Ensemble“. Diese Partei unter Vorsitz von Harold Martin hatte die letzte Wahl in 2004 gewonnen.

Info: Von 1946 bis 2003 war Neukaledonien Französisches Übersee-Territorium (*territoire d'outre-mer, TOM*), davor französische Kolonie. Seit der Änderung der französischen Verfassung vom 28. März 2003 ist die Inselgruppe eine zu Frankreich gehörige Übersee- gemeinschaft mit besonderem Status (*collectivité sui generis*). Zwei Vertreter Neukaledoniens sitzen in der Pariser National- versammlung. Dabei umfasst der erste Wahlkreis die Innen- stadt der Hauptstadt Noumea und die äußeren Inseln, der zweite Wahlkreis den Rest der Hauptinsel. Es handelt sich hier um eine äußerst willkürliche Einteilung der Wahlkreise, die eine französische Siedlermehrheit in beiden Wahlkreisen garantiert, so dass kanakische Kandidaten in keinem der Wahlkreise eine Chance haben.

Im ersten Wahlkreis gewann der Vizebürgermeister von Noumea Gaël Yanno von der Partei „Rassemblement“. Er konnte sich gegen Jaques Lafleur durchsetzen, der im vergange- nen Jahr aus der Rassemble- ment-Partei ausgetreten war und kürzlich die Partei „Rassemble- ment pour la Calédonie“ gegrün- det hatte. Für den zweiten Wahl- kreis sitzt zum wiederholten Mal Pierre Frogier (Union pour un mouvement populaire, UMP) in der französischen Nationalver- sammlung. (<http://www.gouv.nc/>, *Oceania Flash* 12.07., 24.07., 31.07.07, Email Lorenz Gonschor 05.08.07)

Suche nach kanakischer Identität

Kanaky: Am 5. Mai 1998 wurde das so genannte „Abkommen von Nouméa“ geschlossen. Es schreibt u.a. eine Volksabstim- mung über die volle Unabhän- gigkeit von Neukaledonien in spätestens 15 Jahren zwingend vor. Falls die Unabhängigkeit abgelehnt wird, soll das Refe- rendum noch zweimal wiederholt werden. Erst bei der dritten Ab- lehnung bleibt das Land definitiv französisch.

Bereits jetzt haben die Vorberei- tungen zur Schaffung einer ei- genen staatlichen Identität be- gonnen. Eine 25-köpfige Kom- mission nahm im April des Jah- res ihre Arbeit auf. Die Kommis- sion unter Vorsitz der Vizepräsi- dentin der Territorialregierung, Frau Déwé Gorodey, besteht aus Mitgliedern aller politischen Parteien, den Vertretern der Äl- testenräte, den nicht- kanakischen Bewohnern des Landes (Europäer, Indonesier, Tahitianer, Vietnamesen, Men- schen aus Wallis und Futuna), den Vertretern der Zivilgesell- schaft (u.a. der Menschenrechts- liga) und christlichen Kirchen sowie einheimischen Künstlern und Musikern.

Der Kommission stehen für ihre Aufgaben 20 Millionen französi- sche Pazifik-Francs (CFP) zur Verfügung, das sind 0,16 % des jährlichen Staatsbudgets von 127,4 Milliarden CFP.

Ziel der Kommission ist die Ent- wicklung der Staatssymbole. In den nächsten zwei Jahren sollen die 25 Mitarbeiter zunächst über den zukünftigen Namen des Landes beraten. Im Gespräch sind „Kanaky“, „Neukaledonien“ und als Doppelname „Kanaky- Neukaledonien“. Außerdem soll eine Flagge kreiert werden. Hier ist zu klären, ob die bisherige Flagge der Unabhängigkeitsbe- wegung FLNKS (Front de Libé- ration Nationale Kanak Socia- liste) übernommen wird, oder ob eine andere Flagge entworfen

wird. Auch über das Aussehen der Banknoten soll entschieden werden. Dem geht die Entschei- dung zuvor, ob man bei dem „Französischen Pazifik-Francs“ (der auch in Französisch- Polynesien und Wallis und Futu- na gültig ist) bleibt. Zu guter Letzt soll ein öffentlicher Wett- bewerb zur Komposition einer Nationalhymne und eines Staatsmottos ausgeschrieben werden.

Entsprechend eines Paragra- phen im Abkommen von Nou- méa sollen diese Symbole eine gemeinsame kanakische Identi- tät stiften und auf die gemein- same Zukunft aller Bewohner des Inselstaates hindeuten (frz. Original: „*exprimer l'identité ka- nak et le futur partagé entre nous*“).

Im September 2009 will die Kommission die Symbole dem Kongress zur Entscheidung vor- legen. Wenn 3/5 der Abgeordne- ten zustimmen, werden sie in der Verfassung verankert. (*Les Nouvelles Calédoniennes* 13.04.07)

MIKRONESIEN

Deutscher zum Honorarkonsul ernannt

Palau: Am 12. Juni 2007 wurde der Deutsche Thomas Walter Schubert von Bundespräsident Horst Köhler zum Honorarkonsul der Republik Palau ernannt. Schubert wanderte 1992 nach Palau aus. Er betreibt dort meh- rere Geschäfte sowie eine tou- ristische Beratungsfirma. Schu- bert ist nun berufen, bei der Zu- sammenarbeit zwischen der BRD und Palau auf den Gebie- ten der wirtschaftlichen Bezie- hungen und Kooperationen, des Verkehrs und der Kultur- und Rechtspflege mitzuwirken sowie Deutschen bei Problemen im Land mit Rat und Tat zur Seite zu stehen.

Palaus Präsident Tommy Remengesau würdigte anlässlich der Aufnahme Schuberts in den Diplomatischen Corps die traditionell guten Beziehungen zwischen der BRD und Palau. [Von 1899 bis zum Beginn des Ersten Weltkriegs gehörte Palau zum Deutschen Reich.] Remengesau lud die deutsche Wirtschaft und Industrie zu Investitionen ein. Als Anreiz ist eine „steuerfreie Zone“ geplant. Außerdem sollen demnächst Langzeit-Visa ausgestellt werden, damit will Palau u.a. deutschen Rentnern die Möglichkeit geben, dem Winter zu entfliehen und sich zeitweilig auf Palau niederzulassen.

Nur neun der rund 350 Inseln Palaus sind von insgesamt 19.000 Menschen bewohnt. Die Inseln sind Teil der Karolinen, sie erstrecken sich über 700 Kilometer am äußersten westlichen Rand des Pazifiks. Palau ist seit 1994 unabhängig und Mitglied der Vereinten Nationen. Unter Tauchern weltberühmt sind die relativ intakten Korallenriffe und die Vielfalt der Unterwasserwelt.

Info: Honorarkonsuln sind an vielen Orten zusätzlich zu den diplomatischen und konsularischen Vertretungen tätig. Sie werden dort ernannt, wo die Einrichtung einer berufskonsularischen Vertretung zu aufwändig wäre, wegen der Größe des Amtsbezirks der zuständigen Auslandsvertretung und wegen der Zahl der ansässigen oder durchreisenden Deutschen aber eine örtliche Anlaufstelle sinnvoll ist. Gegenwärtig gibt es etwa 350 Honorarkonsuln. Es handelt sich um ehrenamtlich tätige Personen, die keineswegs deutsche Staatsbürger sein müssen. (Auswärtiges Amt, www.visit-palau.com, www.taucher.net)

Diplomatische Beziehungen

Palau: Die Regierungen von Palau und Indonesien haben ihre diplomatischen Beziehungen

formalisiert. Bereits seit vier Jahren finden bilaterale Gespräche zwischen den beiden Ländern statt, begünstigt durch die Botschafter beider Länder, die ihren Sitz in Manila (Philippinen) haben. Das Abkommen wurde am 6. Juli in der indonesischen Botschaft in Manila unterzeichnet. Stellvertretend für Palau unterschrieben Ramon Rechebel, der Botschafter Palaus für die Philippinen, und Professor Irzan Tndjung, der Botschafter Indonesiens für die Philippinen.

Die beiden Staaten waren übereingekommen, ihre diplomatischen Beziehungen auf die Botschafterebene auszudehnen. Ziel des Abkommens ist die gegenseitige Freundschaft und Kooperation auf der Basis der Gleichberechtigung beider Staaten. Beide Länder verpflichten sich, die Unabhängigkeit des jeweils anderen Landes und seine territoriale Integrität anzuerkennen und sich nicht in die inneren Angelegenheiten des Partners einzumischen. Längerfristig soll über eine Zusammenarbeit im Seewesen sowie über bilaterale Handelsabkommen nachgedacht werden. Palau verspricht sich von dem Abkommen zudem eine Zunahme indonesischer Investitionen sowie einen Aufschwung im Tourismus. (*Marianas Variety* 16.07.07, *Palau Horizon* 24.07.07)

Landeigner sind unzufrieden

Marshall-Inseln: Im Jahr 2003 vereinbarten die Regierungen der Vereinigten Staaten (USA) und die Marshall-Inseln die Verlängerung des Pachtvertrages der „Ronald Reagan Ballistic Missile Defense Test Site“ auf der Insel Ebeye (Kwajalein-Atoll) bis 2086. Die Erfüllung dieses Abkommens seitens der traditionellen Landeigner steht nun in Frage. 2016 läuft der derzeitige Pachtvertrag aus. Sollten die katastrophalen Zustände auf Ebeye sich nicht rapide verbessern, müsse man ernsthaft über eine Nicht-Verlängerung des

Vertrages nachdenken, hieß es seitens Tony de Brums, des Parlamentsmitglieds der Marshall-Inseln für Kwajalein.

Ebeye ist die am stärksten bevölkerte Insel des Kwajalein-Atolls. Auf einer Fläche von nur etwa 32 Hektar leben hier mehr als 12.000 Menschen (dies entspricht über einem Fünftel der Gesamtbevölkerung des Landes), was sie zu einem der am dichtesten bevölkerten Orte auf der Erde macht. Seit mehreren Jahren breche ständig die Stromversorgung ein, die Müllentsorgung sei gleich null und es gäbe weder ausreichend Treibstoff noch genug frisches Trinkwasser, so die Klagen der Landeigner. Es herrschten Anarchie und Chaos, de Brum sprach sogar von einem „*complete breakdown in good governance*“. Weitere 70 Jahre wolle man sich diese Behandlung nicht gefallen lassen, erklärten die Landeigner. Sie hatten für die weitere Nutzung ihres Landes als Rakentestgelände 19 Millionen US Dollar jährlich gefordert, die USA boten jedoch nur 15 Millionen an.

Die gesundheitliche und politische Situation auf Ebeye hat sich so verschlechtert, dass sich der Kommandant der Kwajalein-Basis, Colonel Stevenson Reed, an den Oberkommandierenden der im Pazifik (Hawai'i) stationierten US-Streitkräfte wandte und um Hilfe bat. Durch den ständigen Stromausfall verdürben die Lebensmittel, Krankheiten breiteten sich aus, Ebeye stünde kurz vor der humanitären Katastrophe, so Reed. Die Lebensbedingungen der Arbeiter auf dem Testgelände seien nicht mehr haltbar. Es seien nicht nur die Bewohner Ebeyes betroffen, sondern auch die 1.300 Kontraktarbeiter von anderen Inseln des Atolls, die unter der Woche auf Ebeye lebten. Ebeye sei zum „*Slum des Pazifiks*“ verkommen.

Die traditionellen Landbesitzer auf Ebeye sind nicht generell gegen eine Verlängerung des

Pachtvertrages nach 2016 bis 2086. Ganz im Gegenteil gelten sie als äußerst „amerikafreundlich“ und positiv eingestellt gegenüber der Raketenbasis. Doch unter den derzeitigen Umständen sehen die Landeigner keine Option auf eine Verlängerung des amerikanischen Engagements. Dem widersprechen die Aussagen des amerikanischen Botschafters für die Marshall-Inseln, Clyde Bishop. Das amerikanische Verteidigungsministerium sieht eine große Zukunft für die Reagan-Basis vorher. Mit innovativen Investitionen wolle man die Basis nach 2016 noch weiter ausbauen, erläuterte Bishop.

Info: Mit dem „Compact of Free Association“ zwischen den Marshall-Inseln und den USA im Jahr 1986 war auch der auf 30 Jahre befristete Nutzungsvertrag des Kwajalein-Atolls als Militärbasis geschlossen worden. Dieser erste Pachtvertrag läuft vereinbarungsgemäß im Jahr 2016 aus. Die auf dem Testgelände ansässigen Menschen waren damals nach Ebeye umgesiedelt worden. Dort wurden Wohngebiete für die Arbeiter angelegt. Sie müssen täglich per Boot auf die drei Meilen entfernte Raketenbasis pendeln. (Reportage von Giff Johnson in „Marianas Variety“, 25.06.07, <http://www.yokwe.net/index.php?name=News&file=article&sid=1864>)

POLYNESIEN

WESTPOLYNESIEN COOK-INSELN

24 Jahre Haft für Mörder

Norfolk: Der neuseeländische Koch Glenn McNeill ist wegen Mordes an der Restaurantmanagerin Janelle Patton zu 24 Jahren Haft verurteilt worden. Der 29-jährige hatte Patton (28) im März 2002 auf der Insel Norfolk mit mehr als 60 Messerstichen erstochen. Die Australierin

Patton verbrachte dort mit ihren Eltern ihre Ferien, McNeill arbeitete als Koch im „Colonial Hotel Resort“.

Der heimtückische Mord hatte die rund 1.800 Bewohner der zu Australien gehörenden Insel im Westen Polynesiens geschockt, da es sich um den ersten Mord seit über 150 Jahren handelte. Der für Norfolk zuständige Oberste Richter Mark Weinberg verurteilte McNeill in einem Gericht in Sydney. Er bezeichnete die Tat als „kaltschnäuzig und sinnlos“. Die Gerichtsverhandlung dieses ersten Mordprozesses seit über einem Jahrhundert wurde live in das Gerichtsgebäude auf Norfolk übertragen. Da es auf Norfolk kein Gefängnis gibt, muss der Mörder seine mindestens 18-jährige Haft in Australien verbüßen.

Info: Die Norfolkinsel liegt etwa 1.500 km östlich von Australien. Sie ist bis auf das Südgebiet mit der Hauptstadt Kingston von unzugänglichen Klippen umgeben. Höchste Erhebungen sind die beiden Berge Bates (318 m) und Pitt (316 m). Zum Staatsgebiet gehören neben der Norfolkinsel auch noch die kleineren unbewohnten Inseln Nepean und Phillip. Alle drei Inseln sind vulkanischen Ursprungs. Die Bevölkerung setzt sich zu einem Drittel aus den Nachkommen der Bounty-Meuterer (1856 ausgewandert von der Insel Pitcairn) und zu zwei Dritteln aus im Laufe der Zeit zugewanderten Australiern, Neuseeländern und Polynesiern zusammen. Die 34 Quadratkilometer große Insel ist seit 1914 australisches Außengebiet mit einem gewissen Grad an Selbständigkeit. (BBC News, Flash d'Océanie 25.07.07, Pacific Islands Encyclopedia)

Doppelte Staatsbürgerschaft

Tonga: Das tonganische Parlament hat im dritten Durchgang das Gesetz über die doppelte Staatsbürgerschaft verabschie-

det. Das Gesetz sieht vor, dass im Ausland geborene Kinder einer tonganischen Mutter bzw. eines tonganischen Vaters sowohl die Staatsbürgerschaft ihres Geburtslandes als auch die tonganische Staatsbürgerschaft erhalten. Bisher konnten im Ausland geborene Kinder nicht die tonganische Staatsbürgerschaft bekommen. Sie können ab sofort eingebürgert werden. Ebenso können Tonganer, die ihre Staatsbürgerschaft durch Heirat mit einem Ausländer aufgaben, ihre tonganische Staatsbürgerschaft zurückerhalten. Ausländer, die einen TonganerIn heiraten, können ab sofort ebenfalls tonganische Staatsbürger werden. Mit dem neuen Gesetz („Nationality Amendment Act“) erhalten nun auch im Ausland lebende Tonganer, die ihre doppelte Staatsbürgerschaft beantragen, das tonganische Wahlrecht zurück. Zurzeit leben rund 100.000 Tonganer außerhalb Tongas, vor allem in Neuseeland, Australien und den Vereinigten Staaten von Amerika.

Dem Gesetz waren lange Debatten vorausgegangen, da vor allem der tonganische Adel im Parlament um die traditionellen Besitzrechte an Land fürchtete. Der zuständige Minister, Lord Tuita, konnte jedoch diese Bedenken ausräumen. Alle Neubürger müssten einen Antrag auf Landeigentum stellen, selbst wenn das Land seit Jahrzehnten im Familienbesitz tonganischer Staatsbürger sei, erläuterte der Minister. (Radio Tonga News 12.06.07, Islands Business 21.06.07)

Malietoa Sohn erbt höchsten Titel

Samoa: Der Sohn des am 11. Mai verstorbenen samoanischen Staatsoberhauptes („Head of State“) Malietoa Tanumafili II. ist zum Nachfolger dieses hochrangigen samoanischen Titels ernannt worden. Die drei den Titel „Malietoa“ tragenden Familien einigten sich bei einem Treffen auf Faamausili Papalii Moli. Zu-

künftig wird er den Titel „Malietoa Moli III“ tragen.

Moli war lange Zeit als Soldat in Neuseeland stationiert. Dort machte er eine glänzende militärische Karriere mit mehrfachen Auszeichnungen für seine Verdienste. Zurzeit ist er Präsident der „Returned Servicemen Association“. Moli hat mehrere Studienabschlüsse von verschiedenen Universitäten. Er ist das dritte von fünf Kindern aus der Ehe seines Vaters mit Masi-fo Lili Tunu. Moli ist verheiratet mit Audrey Brighouse, das Paar hat drei Kinder.

Im Gegensatz zu seinem Vater wurde Moli jedoch vom 49-sitzigen samoanischen Parlament nicht zum Staatsoberhaupt gewählt. Die Regierung entschied sich mangels anderer Kandidaten am 16. Juni einstimmig für Tuiatua Tupua Tamasese Efi. Efi wurde am 1. März 1938 in Samoa geboren. Er gehört ebenfalls zu einer hochrangigen Familie und hält mehrere Titel inne. Ab 1966 saß Efi im samoanischen Parlament (fono), seine politische Laufbahn machte ihn zum Parteichef verschiedener Parteien. Von 1976 bis 1982 war er für zwei Amtszeiten Premierminister. Der 69-jährige kann sich mit etlichen akademischen Titeln „schmücken“. Er ist begeisterter Hobbyarchäologe und Autor dreier Bücher sowie zahlreicher Fachaufsätze. (*Newsline Newspaper Samoa* 12.06.07, *Talofa Lava* 13.06.07, *Pacific Magazine* 18.06.07, *Wikipedia*)

Marurai unterstützt Greenpeace-Kampagne

Cook-Inseln: Jim Marurai, Premierminister der Cook-Inseln, übernimmt eine Vorreiterrolle bei der Unterstützung der Greenpeace-Kampagne zum Schutz der Thunfische in den pazifischen Gewässern. Das ist das Ergebnis einer Lobbying-Tour von Greenpeace-Vertretern durch pazifische Inselstaaten. Marurai traf Nilesh Goundar, den

Vertreter des „Australia Pacific Oceans-Greenpeace-Teams“, und Sari Tolvanen, den „Oceans Campaigner“ von Greenpeace International aus Amsterdam in Rarotonga. Marurai versprach nicht nur seine Unterstützung für die Greenpeace-Kampagne, sondern sagte auch zu, beim nächsten Treffen des Pacific Islands Forum in Tonga als Gastredner über die pazifische Thunfischproblematik zu sprechen.

Die Kampagne der internationalen Umweltschutzorganisation Greenpeace sieht einen Vier-Punkte-Plan zum Schutz der pazifischen Thunfischbestände vor:

- 1) eine Reduzierung der Fangquote um 50 %,
- 2) eine Bündelung aller Fischereiabkommen zwischen der EU und den pazifischen Staaten zur Stärkung des Thunfischhandels,
- 3) den Kampf gegen den illegalen Thunfischfang sowie das Verbot des Zwischenstopps zum Auftanken auf hoher See,
- 4) längerfristig sollen 40 % des Pazifiks als Schutzzone ausgewiesen werden, in denen der Thunfischfang verboten wird.

Zwischen 1994 und 2004 wurden mehr als die Hälfte der globalen Thunfischbestände im westlichen und zentralen Pazifik gefangen, erklärten die Greenpeace-Vertreter. Die Thunfischindustrie sei die wichtigste Einkommensquelle für die Pazifikinsulaner und mache 11 % (in einigen pazifischen Ländern bis zu 40 %) des Bruttoinlandsproduktes der gesamtpazifischen Wirtschaft aus, erläuterten Goundar und Tolvanen.

(*Cook Islands News* 19.07.07, *The Pacific Ocean under threat*, *Greenpeace Factsheet* 08/06, <http://oceans.greenpeace.org/en/our-oceans/tuna>)

† Papa Tom

Cook-Inseln: Am 23. Juli starb Sir Tom Davis (geb. 11.06.1917) im Alter von 90 Jahren auf Rarotonga. Er war einer der einflussreichsten Politiker der Cook-Inseln. Bereits 1945 schloss er die Universität im neuseeländischen Otago ab und promovierte anschließend als erster Cook-Insulaner in Humanmedizin. Davis forschte ab 1952 an der Universität von Harvard (USA) und arbeitete dann für die amerikanische Raumfahrtbehörde NASA. Dort forschte er im Rahmen des Programms „Apollo“ über die Anpassungsmöglichkeiten des menschlichen Organismus an die extremen Bedingungen der Schwerelosigkeit im Weltall.

Bekannt wurde Davis jedoch durch seine Laufbahn als Politiker. 1971 gründete er die „Cook Islands Democratic Party“, von 1978 bis 1987 war er für zwei Amtsperioden Premierminister. 1981 adelte ihn die britische Königin Elisabeth II. Im Jahr 2000 wurde „Papa Tom“ – so sein Spitzname – zur „Pacific Person of the Century“ ernannt. Von 2004 bis 2005 war Davis Hochkommissar der Cook-Inseln in Neuseelands Hauptstadt Wellington. 2005 wurde er von der University of Otago zum Ehrendoktor der Rechtswissenschaften ernannt. (*NiueFM* 24.07.07, *Flash d'Océanie* 27.07.07)

FRZ.-POLYNESIEN PITCAIRN RAPA NUI

Pro-französische Kandidaten gewinnen Abgeordnetenwahl

Bei den Wahlen zur französischen Nationalversammlung am 2. und 16. Juni in Französisch-Polynesien gewannen in beiden Wahlkreisen die Kandidaten der pro-französischen Tahoeeraa-Partei von Ex-Präsident Gaston Flosse.

Im westlichen Wahlkreis (Westhälfte von Tahiti sowie Moorea, die Inseln unter dem Wind und die Austral-Inseln) führte im ersten Wahlgang der Amtsinhaber, Papeetes Bürgermeister Michel Buillard (Tahoeraa), mit 41,50 % vor seinem Herausforderer, Ex-Präsident Oscar Temaru vom oppositionellen Parteienbündnis UPLD (40,16 %), mit einem hauchdünnen Vorsprung von nur 700 Stimmen. Auf den Inseln Tahiti und Moorea sowie mehreren der äußeren Inseln lag Temaru in Führung. Dritter wurde überraschend Jean-Christophe Bouissou von der Partei Rautahi (Teil der pro-französischen Regierungskoalition) mit 8,21 % vor Nicole Bouteau von der politisch neutralen Partei No Oe E Te Nunaa mit 7,24 %. Thilda Fuller von der ursprünglich ebenso ideologisch neutralen, aber jetzt der Regierung nahestehenden Partei Fetia Api, erreichte nur 0,86 %. Weitere sechs Splitterkandidaten erreichten jeweils weit unter einem Prozent. Die Wahlbeteiligung lag mit nur 56 % sehr niedrig. Im Östlichen Wahlkreis (Osthälfte von Tahiti, Tuamotu- und Marquesasinseln) lag der Tahoeraa-Kandidat Bruno Sandras, Bürgermeister der Gemeinde Papara, mit 36,98 % vorn, vor dem UPLD-Kandidaten Pierre Aorarii Frébault (ehemaliger Arbeitsminister unter Temaru) mit 29,73 %. Die Amtsinhaberin Béatrice Vernaoudon, die 2002 für die Tahoeraa gewählt wurde, aber sich seit der politischen Krise des Jahres 2004 für überparteilich erklärt hatte, kam mit 22,53 % nur auf den dritten Platz. Unter den kleineren Parteien kam Emma Algan von Rautahi mit 32,43 % auf den vierten, Tamatoa Doom von No Oe E Te Nunaa mit 2,41 % auf den fünften Platz. Louis Taata, der für die Abspaltung der Marquesas-Inseln als eigenes frz. Überseegebiet eintritt, erhielt 1,89 %, gefolgt von Henriette Kamia (Fetia Api) mit 1,47 % und Antonio Perez (Abspaltung von der Fetia Api) mit 1,40 %. Weitere drei Splitterkandidaten erreichten jeweils weniger als 1

%. Die Wahlbeteiligung lag bei 53 %.

Im Zweiten Wahlgang gewann im westlichen Wahlkreis Buillard mit 54,07 % gegen Temaru mit 45,93 %, bei einer deutlich höheren Wahlbeteiligung von 65 %. Im östlichen Wahlkreis gewann Sandras mit 56,96 % gegen Frébault mit 43,04 %, bei einer Wahlbeteiligung von 60 %. Der starke Stimmenzuwachs der Tahoeraa-Kandidaten kam zustande, da Bouissou und mehrere Splitterkandidaten im zweiten Wahlgang die Tahoeraa unterstützten. Deren siegreiche Kandidaten führten demzufolge überall im westlichen Wahlkreis außer der von Temaru regierten Gemeinde Faaa auf Tahiti und den Austral-Inseln Rimatara und Raivavae, sowie in den meisten Gemeinden des östlichen Wahlkreises außer zwei Distrikten an der Ostküste Tahitis, den Marquesas-Inseln und einigen Inseln des Tuamotu-Archipels, in denen Frébault vorne lag.

Das Wahlergebnis wurde innerhalb der pro-französischen Regierungskoalition als Bestätigung des Machtwechsels Ende letzten Jahres verbucht. Gleichzeitig traten während der Wahl erneut die Spannungen zwischen den beiden Flügeln der Tahoeraa (Tong Sang und Flosse) zu Tage, denn Tong Sang hatte sich geweigert, im östlichen Wahlkreis Sandras zu unterstützen und sich eher Vernaoudon sympathisch gezeigt. Dass Sandras mit klarer Mehrheit gewann, wurde von Flosse als Bestätigung seines Führungsanspruches und Ablehnung von Tong Sang interpretiert.

Vertreter der UPLD zeigten sich über ihre Niederlage enttäuscht, aber Temaru meinte, es sei klar, dass seine Partei eine stabile Stammwählerschaft von deutlich über 40 % habe, und die Niederlage sei nur durch das Zusammenspiel aller pro-französischen Kräfte sowie die massive Stimmabgabe französischer Siedler zugunsten der Tahoeraa-Kandidaten zustande gekom-

men. (Artikel von Lorenz Gonschor, Hawaii. Quellen: La Dépêche de Tahiti; Tahiti-tpresse, Tahiti Pacifique, Wikipedia)

Flosses Partei verlässt Regierungskoalition: Präsident Tong Sang ohne Mehrheit

Die erst sechs Monate alte pro-französische Regierungskoalition unter Präsident Tong Sang ist Mitte Juli zerbrochen. Der bereits seit Monaten schwelende Machtkampf innerhalb der Tahoeraa-Partei zwischen Flosse und seinen engsten Vertrauten andererseits und dem Präsidenten Gaston Tong Sang andererseits eskalierte, nachdem Tong Sang mit einer Regierungsdelegation, die hauptsächlich aus Mitgliedern der kleineren Koalitionsparteien bestand, nach Paris gereist war und mit dem französischen Präsidenten Sarkozy und mehreren seiner Minister Staatsverträge abgeschlossen hatte, ohne diese zuvor in der Versammlung Französisch-Polynesiens diskutieren zu lassen. Flosse und sein Schwiegersohn, Versammlungspräsident Edouard Fritch sowie zahlreiche andere Abgeordnete der Tahoeraa-Partei hatten sich deshalb über Tong Sang empört und ihm einen willkürlichen und undemokratischen Regierungsstil vorgeworfen. Flosse, der zur gleichen Zeit in Paris war, hatte sich vergeblich um ein Treffen mit Sarkozy bemüht, was sein Resentiment gegen Tong Sang nur noch verstärkte. Wenige Tage nach der Rückkehr der Delegation aus Paris reichten am 18. Juli fünf Tahoeraa-Minister ihren Rücktritt ein, und die Parteiführung der Tahoeraa beschloss, aus der Koalition auszutreten. Einen Tag später gab Flosse bekannt, ein Gespräch mit Oppositionsführer Oscar Temaru gehabt zu haben und spielte mit dem Gedanken einer Großen Koalition zwischen Tahoeraa und Temarus Partei Tavini Huiraatira. Als Kompromiss zwischen der pro-französischen Ideologie seiner Partei und dem

Unabhängigkeitsziel von Temaru schlug Flosse einen dem Nouméa-Abkommen von Neukaledonien entlehnten Pakt vor, der dem Land schrittweise immer größere Autonomie zugestehen und in zwanzig Jahren zur Unabhängigkeit führen würde. Flosse unterstrich diesen Sinneswandel durch für ihn ungewöhnlich scharfe Attacken gegen den französischen Überseeminister, dem er eine kolonialistische Einstellung vorwarf.

Auf einem außerordentlichen Parteitag segnete die Tahoeraa-Partei am 25. Juli mehrheitlich den Austritt aus der Regierungskoalition und Koalitionsgespräche mit Temarus Partei ab, allerdings hatte Flosse in letzter Minute das Abstimmungsverfahren von einem geheimen in ein öffentliches abändern lassen.

Flosses überraschendes Manöver lässt sich damit erklären, dass er seit Sarkozys Amtsantritt als frz. Präsident keine Unterstützung mehr aus Paris erhält, und zusätzlich die von Tong Sang geführte Fraktion seiner eigenen Partei versucht hatte, ihn politisch kaltzustellen. Die alte Achse Chirac-Flosse scheint durch eine neue Achse Sarkozy-Tong Sang ersetzt zu werden. Da Flosse weitaus mehr ein Machtpolitiker als ein Ideologe ist, scheint er bereit zu sein, gemeinsam mit Temaru auf Konfrontationskurs gegen Paris zu gehen, um diese neue Achse zu untergraben und selbst wieder an die Macht zu gelangen. Ein Großteil seiner Partei scheint ihm zu folgen.

Während Flosse auf Temarus Reaktion wartet, versucht Tong Sang seit Anfang August, durch Konsultationen und Verhandlungen mit dem Flosse-Flügel seiner Partei, seine Mehrheit doch noch zu retten. (Artikel von Lorenz Gonschor, Hawai'i. Quellen: Les Nouvelles de Tahiti, La Dépêche de Tahiti, Tahiti-press)

HAWAI'I

Proteste gegen rechtsextreme anti-Hawaiische Organisation

Am 8. Juni protestierten zahlreiche hawaiische Aktivisten vor dem Interstate Building in Honolulu, einem Bürohochhaus, in dem das sogenannte *Grassroot Institute* seinen Sitz hat. Es handelt sich hier um eine Organisation rechtsextremer amerikanischer Siedler unter der Führung von Dick Rowland, die es sich zum Ziel gemacht haben, alle Sozialprogramme zugunsten einheimischer Hawaier durch Sammelklagen juristisch zu attackieren, weil diese Programme angeblich rassistisch diskriminierend gegen Nichteinheimische seien. Außerdem bemühen sie sich darum, die Geschichte Hawai'i zu verdrehen und behaupten, die Hawaier hätten den Sturz ihrer letzten Königin durch pro-amerikanische Kräfte im Jahr 1893 gutgeheißen und seien begeistert gewesen, als ihr Land 1898 von den USA besetzt wurde, obwohl genau das Gegenteil der historischen Wahrheit entspricht. Ziel des *Grassroot Institute* und verwandter Organisationen scheint es zu sein, die bereits seit über 100 Jahren andauernde amerikanische Assimilationspolitik zur Vollendung zu bringen, und jegliche noch vorhandenen Spuren lokaler Kultur und Identität in Hawai'i auszulöschen. Die Gruppe steht aber nicht allein da, sondern ist Teil eines US-Netzwerks ultrarechter Gruppierungen, die in gleicher Weise Sozialprogramme zugunsten Schwarzer, Indianer, und anderer ethnischer Minderheiten auf dem US-Kontinent bekämpfen.

Zu der Protestveranstaltung hatten zahlreiche hawaiische Unabhängigkeitsorganisationen sowie führende hawaiische Akademiker und Pädagogen aufgerufen. Der Direktor des Instituts für Hawaiische Studien an der Universität von Hawai'i, Jon

Osorio, hielt am Eingang des Gebäudes vor mehreren Schulklassen, die an dem Protest teilnahmen, eine Ansprache über die Geschichte Hawai'i und verurteilte die Aktivitäten des *Grassroot Institute*. Ebenfalls anwesend war Dee Jay Mailer, Direktorin der renommierten Kamehameha-Privatschule, die ebenfalls von den Rechtsextremen attackiert wird, da sie in Folge des Testaments ihrer Stifterin Prinzessin Pauahi nur hawaiischstämmige Schüler aufnimmt. Als die Demonstranten versuchten, in das Büro der Organisation vorzudringen, um deren Mitarbeiter zur Rede zu stellen, räumten diese fluchtartig ihr Büro und verließen das Gebäude durch einen Hinterausgang. Osorio meinte: „*Während wir in aller Öffentlichkeit unsere Meinung kundtun, ohne Angst und Scham, agieren die Mitarbeiter des Grassroot Institute im Dunkeln, als ob sie sich schämen und Angst vor Konfrontation haben*“. (Artikel von Lorenz Gonschor, Hawai'i. Quellen: Augenzeugnis der Protestveranstaltung, eigene Recherchen)

RAPA NUI

Chilenische Verfassungsänderung macht Weg frei für Sonderterritorien

Rapa Nui (Osterinsel): Am 5. Juni stimmte das Abgeordnetenhaus der Republik Chile mit einer überwältigenden Mehrheit von 100 zu 1 Stimmen für eine Verfassungsänderung, durch die es neben den drei Verwaltungsebenen Chiles (Region, Provinz und Gemeinde) zukünftig die Kategorie eines Sonderterritoriums für die Inseln Rapa Nui und Juan Fernández geben wird. Nachdem der Senat diese Verfassungsänderung bereits im Mai letzten Jahres beschlossen hatte, ist diese nun rechtskräftig. Damit wird es für die Insel Rapa Nui möglich, einen politischen Sonderstatus außerhalb des normalen chilenischen Verwaltungssystems zu erhalten. Eine Gesetzesvorlage für dieses

Sonderstatut ist seit Jahren in Vorbereitung und könnte bis Ende des Jahres von den beiden Häusern des chilenischen Parlaments beschlossen werden. Rapa Nui würde dann nicht wie bisher eine Provinz innerhalb der kontinentalchilenischen Region Valparaíso bilden, sondern als überseeisches Territorium mit Sonderstatus direkt der Zentralregierung in Santiago unterstellt sein und seine eigene Lokalregierung mit teils von Santiago ernannten, teils lokal gewählten Beamten haben. (Artikel von Lorenz Gonschor, Hawai'i. Quellen: Website der chilenischen Regionaladministration www.subdere.gov.cl, Informationsblatt der Provinzregierung der Osterinsel)

Unabhängigkeitsaktivisten gewinnen Lokalwahl

Rapa Nui (Osterinsel): Bei den Wahlen zur Entwicklungskommission der Osterinsel (Comisión de Desarrollo de Isla de Pascua, CODEIPA), einem beratenden lokalen Regierungsorgan, haben am 10. Juni zwei Unabhängigkeitsaktivisten die höchsten Stimmenzahlen erreicht. Die CODEIPA wurde durch ein Gesetz aus dem Jahre 1993 geschaffen und berät den von Chile ernannten Inselgouverneur in allen Fragen der sozialen, wirtschaftlichen und kulturellen Entwicklung, die die indigene Rapanui-Bevölkerung betreffen, insbesondere Landangelegenheiten. Die Kommission umfasst neben sechs Repräsentanten verschiedener chilenischer Ministerien und Regierungsämter, dem lokalen Bürgermeister und dem Präsidenten des Rapanui-Ältestenrates fünf gewählte Repräsentanten der indigenen Rapanui-Bevölkerung.

Bei der diesjährigen Wahl erhielten unter den 25 Kandidaten die bisher im politischen Abseits stehenden Unabhängigkeitsaktivisten Mario Tuki und Raúl Teao mit jeweils 248 und 234 Stimmen die mit Abstand besten Ergebnisse. Ebenfalls neu gewählt wurde Luz Zasso Paoa mit 152

Stimmen. Von den bei der letzten Wahl 2003 gewählten Amtsinhabern wurden Jorge Emilio Pont mit 195 und Marcelo Ika mit 149 Stimmen wiedergewählt. Alfonso Rapu, der als Anführer eines Volksaufstands im Jahre 1964 berühmt wurde, verfehlte mit 109 Stimmen knapp seine Wiederwahl. Die anderen beiden Amtsinhaber, Rafael Tuki und Luis Pate, verfehlten mit jeweils unter 100 Stimmen ebenfalls die Wiederwahl. Die Wahlergebnisse deuten darauf hin, dass die Bevölkerung sich zunehmend von der seit Anfang der 1990er Jahre dominierenden, mit der regierenden chilenischen Linken verflochtenen lokalen Elite abwendet, und die bisherige Opposition aus Unabhängigkeitsbefürwortern im Aufwind liegt. (Artikel von Lorenz Gonschor. Quellen: Informationsblatt der Provinzregierung der Osterinsel; eigene Recherchen)

AOTEAROA/NZ.

Fischereiabkommen mit den Salomonen

Ende Mai unterzeichneten Neuseeland und die Salomon-Inseln ein Fischereiabkommen. Es gestattet den unter neuseeländischer Flagge laufenden Schiffen den Fischfang in der exklusiven ökonomischen Zone (EEZ) der Salomonen.

Die EEZ bezieht sich auf einen Bereich von 200 Seemeilen (rund 370 Kilometer) rund um die Küstenlinie der Inselstaaten. Innerhalb der EEZ hat der Staat die Exklusivrechte über die Tiefsee mit all ihren Ressourcen (Rohstoffe, Tiere etc.). Ein Staat kann die Rechte zur Ausbeutung der EEZ an andere Staaten vergeben.

Mit dem seit 2004 inoffiziell bestehenden und nun ratifizierten Fischereiabkommen genehmigen die Salomonen der Fischfangflotte von Neuseeland Fangrechte in ihrer EEZ. Die Flottenbesitzer müssen zuvor jedoch eine Fanglizenz bei der Regie-

rung der Salomonen einholen und sich an die „Spielregeln“ des Fischereigesetzes der Salomonen („Solomon Islands Fisheries Act“) halten.

Der neuseeländische Minister für Fischerei, Jim Anderton, begrüßte das Abkommen. Da die Neuseeländer über reichhaltige Fangerfahrung innerhalb von exklusiven ökonomischen Zonen verfügten, könnten sie dem Wunsch der Salomonen nach Expertise und Ausweitung ihrer Fangquote in diesen Gebieten nachkommen, erklärte Anderton. (Flash d'Océanie 30.05.07, <http://www.beehive.govt.nz>)

INDONESIEN WESTPAPUA TIMOR LORO SAE

Drittgrößter Erzeuger von Treibhausgasen

Indonesien: Nach einem Anfang Juni veröffentlichten Bericht der Weltbank und der britischen Regierung ist Indonesien weltweit der drittgrößte Erzeuger von Treibhausgasen. Waldbrände und die Abholzung des Regenwaldes trieben den Kohlendioxid-Ausstoß auf ein Niveau, das nur von den USA und China übertroffen werde, heißt es in dem offiziellen Bericht. So beläuft sich der CO₂-Ausstoß in Indonesien auf rund drei Milliarden Tonnen pro Jahr (USA: 6 Mrd. Tonnen, China: 5 Mrd. Tonnen). Experten hat der Bericht der Weltbank überrascht. Sie gingen bislang davon aus, dass Russland oder Indien als weltweit drittgrößter Umweltverschmutzer gelten.

Dem Weltbank-Bericht zufolge hat der Klimawandel in Indonesien bereits jetzt zu mehr Trockenheit, stärkeren Regenfällen und Flutwellen geführt. Die Artenvielfalt der Inselgruppe gilt als bedroht.

Im Dezember 2007 findet auf der indonesischen Insel Bali das nächste Jahrestreffen zum Kyoto-Protokoll statt. (www.weltbank.org, www.klimainfo.ch, Reuters 04.06.07)

UNO-Sondergesandte besucht Westpapua

Westpapua: Vom 5. bis 12. Juni 2007 besuchte Hina Jilani, Sondergesandte des UNO-Generalsekretärs, auf Einladung der indonesischen Regierung Jakarta, Westpapua und Aceh. Ihr Auftrag war, sich vor Ort über die Lage von Menschenrechten zu informieren und die Umsetzung der im Jahre 1998 von der UNO-Generalversammlung verabschiedeten „Declaration on Human Rights Defenders“ voranzutreiben.

Hina Jilani, eine pakistanische Juristin, traf Vertreter der Regierung, der Parlamente, des Rechtswesens, der Arbeiter- und Bauernschaft und Mitarbeiter verschiedener Nichtregierungsorganisationen. Den Staatspräsidenten, Dr. Susilo Bambang Yudhoyono, konnte sie jedoch nicht treffen, bat aber seine Minister, ihm ihre Sorge bezüglich der Menschenrechtslage mitzuteilen.

Vor Jilanis Reise nach Jayapura trafen sich Vertreter wichtiger papuanischer Menschenrechtsorganisationen mit ihr in Jakarta zu Vorbereitungsgesprächen. Sie wiesen die UNO-Vertreterin auf die zunehmende Militarisierung Westpapas, die politischen Gefangenen, die Folter, die Ausbeutung der Rohstoffe und die Umweltzerstörung, sowie auf die schlechte wirtschaftliche, soziale und kulturelle Situation der indigenen Papuas hin.

Bei der Ankunft auf dem Flughafen in Sentani am Freitag, den 8. Juni, wurde Hina Jilani von friedlichen Demonstranten mit Spruchbänderchen, wie etwa „Stopp dem Völkermord in Papua“, empfangen. Das reizte die Sicherheitskräfte so sehr, dass

sie eingriffen. Eine Studentin wurde dabei von den Sicherheitskräften verprügelt. Die Spanntücher wurden beschlagnahmt.

Vor dem Swiss-Bel Hotel, in dem Jilani übernachtete, demonstrierten etwa 50 Papuas. Ihr Führer, Buchtar Tabuni, überreichte der Sondergesandten eine Mappe mit Informationen zur Menschenrechtslage. Auch vor der Cenderawasih Universität in Abepura und im Imbi Park in Jayapura gab es friedliche Demonstrationen. In Manokwari forderte eine Schar von Demonstranten einen Volksentscheid zum weiteren Verbleib Papuas in der Republik Indonesien. Der Besuch der Gesandten des UNO-Generalsekretärs weckte offenbar falsche Hoffnungen bei vielen Papuas.

Bei dem Treffen mit Vertretern der Provinzregierung im Gouverneurspalast betonte der Provinz-Sekretär, Tedjo Suprpto, gegenüber dem Gast, dass die Sonderautonomieregelung die beste Lösung der Probleme Westpapas sei. Das Gesetz UU 21/2001 würde die Rechte der Papuas schützen und ein hohes Maß an Selbstbestimmung geben. Bereits in dem anschließenden Gespräch mit dem Vorsitzenden des Provinzparlamentes, John Ibo, wurde jedoch auch von offizieller Seite angedeutet, dass es mit der tatsächlichen Implementierung des Sonderautonomiegesetzes noch nicht weit her sei.

Ähnlich war der Tenor bei dem Treffen mit Vertretern des Volksrates der Papuas. Der Vorsitzende des Rates, Agus Alue Alua, beklagte sich, dass seine demokratisch gewählte Behörde kaum Befugnisse und Mittel habe, um effektiv zu arbeiten. Alua wies ferner auf die sehr schwierige wirtschaftliche Situation der indigenen Papuas hin. Die großen Summen, die im Rahmen der Sonderautonomie von Jakarta nach Westpapua zurückfließen, bringen offensichtlich keine

Entwicklung für die große Mehrheit der Papuas.

Gespräche fanden auch mit den Vertretern der Kirchen statt. Im Kirchenamt des katholischen Bischofs von Jayapura wurden unter Teilnahme von fünf Regierungsvertretern aus Jakarta (nach erfolgreichem Ausschluss von Sicherheitskräften), der Sondergesandten sechs dokumentierte Fälle von Menschenrechtsverletzungen vorgetragen. Am Abend gab es auch noch ein Treffen in der Hauptgeschäftsstelle der Evangelischen Kirche (GKI-TP), an dem 70 Personen teilnahmen. Auch hier wurden die Probleme recht offen angesprochen.

Im Swiss-Bel Hotel traf Hina Jilani sich auch mit Vertretern der Zivilgesellschaft und der nationalen Menschenrechtskommission. Bei dieser Gelegenheit wurden unter anderem die Menschenrechtsvergehen durch die Sicherheitskräfte und das stümperhafte Vorgehen durch die Justiz während und nach der blutigen Demonstration vom 16. März 2006 ausgeführt. Vor allem die Berichte über die Willkür der Sicherheitskräfte und der Verwaltung gegen indigene Papuas wurde von der Sondergesandten sehr ernst aufgenommen. Die Haltung der Staatsorgane, die Kritiker als Separatisten stigmatisieren und unverantwortliche Beamte schützen, sei nach internationalen Maßstäben untolerierbar. Sie schlug vor, spezielle Beschwerdestellen („complaint cells“) für die Bürger einzurichten, in denen Menschenrechtsvergehen registriert werden können und die dafür sorgen, dass ihnen nachgegangen wird.

Einige der Menschenrechtler, die an Treffen mit Hina Jilani teilgenommen hatten, bekamen kurz darauf massive anonyme Drohungen. So bekam etwa Albert Rumbekwan kurz nach seinem Bericht über willkürliche Verhaftungen und Folter Morddrohungen. Rumbekwan ist Mitarbeiter

der Nationalen Menschenrechtskommission in Westpapua.

Insgesamt bekam Jilani ein differenziertes Bild der Menschenrechtslage in Indonesien. Ausdrücklich lobte sie positive Entwicklungen der vergangenen Jahre, wie etwa das Menschenrechtsgesetz (1999), die Nationale Menschenrechtskommission (KomNasHAM), die nationale Kommission gegen Gewalt an Frauen (KomNas Perempuan), die Menschenrechtsgerichtshöfe (in Papua noch nicht realisiert), die neuen Verfassungsgarantien zum Schutz von Menschenrechten und Grundfreiheiten aller Bürger (2002) sowie das Zeugenschutzgesetz (2006). Sie merkte aber auch an, dass viele dieser Institutionen nicht optimal funktionieren. In Aceh, wo 2005 nach dem Tsunami eine Friedenslösung gefunden werden konnte, konstatierte sie erhebliche Fortschritte. Der jahrzehntelange Konflikt zwischen der Guerillabewegung Freies Aceh (GAM) und der indonesischen Regierung konnte beigelegt werden. Dagegen verschlechterte sich die Situation in Westpapua. Auch in anderen Teilen Indonesiens sind Menschenrechtler nicht sicher vor Einschüchterungen und Repressionen. Seit einigen Jahren gibt es wieder zahlreiche politische Gefangene, darunter nicht wenige Menschenrechtler. Außer einer Initiative von KomNas Perempuan, gibt es keine Bemühungen des indonesischen Staates, Menschenrechtler zu schützen. Umgekehrt müssen sich die Verantwortlichen für Menschenrechtsverletzungen selten oder nie vor einem Gericht verantworten. Straflosigkeit bei durch die Sicherheitskräfte verübten Menschenrechtsverletzungen ist ein schwerwiegender Mangel in der indonesischen Rechtsstaatlichkeit.

Jilani beklagte vor allem die mangelnde juristische Aufarbeitung des im September 2004 ermordeten Menschenrechtlers Munir. Dieser war während eines

Fluges von Jakarta nach Amsterdam vergiftet worden. Hauptverdächtige wurden inzwischen mangels Beweisen wieder freigelassen. Mitarbeiter der 1998 von Munir gegründeten „Kommission für die Verschwundenen und die Opfer von Gewalt“ (KONTRAS) kritisierten, dass bisherige Gerichtsprozesse mögliche Hintermänner aus Reihen des Geheimdienstes BIN außer Acht ließen. Kürzlich hatte ein Kollege Jilanis, der UN-Sonderberichterstatter für extralegale Hinrichtungen Philip Alston die indonesische Regierung aufgefordert, einen Untersuchungsbericht zum Fall Munir zu veröffentlichen.

Hina Jilani empfahl der indonesischen Regierung, bessere Investigationsmechanismen zu entwickeln, um den vielen Beschwerden von Menschenrechtlern, die an der Ausübung ihrer Aktivitäten behindert werden, nachzugehen. Auch sollten bürokratische Hürden und restriktive Bestimmungen, welche die Versammlungs- und Vereinsbildungsfreiheit einschränken, abgebaut werden. Gerichte, Staatsanwaltschaft und Polizei sollten aufhören, Menschenrechtler zu kriminalisieren. Die nationale Menschenrechtskommission (KomNasHAM) sollte gestärkt werden, damit sie auch in abgelegenen Regionen wie Westpapua effektiv funktionieren kann. Große Sorgen macht sich Jilani auch um die Ausbreitung von HIV und AIDS in West-Papua.

Hina Jilani wird ihren Reisebericht vor dem UN-Menschenrechtsrat in Genf präsentieren. (*E-Info Nr. 192 West-Papua Netzwerk 18.06.07, taz 13.06.07, West Papua Report July 2007*)

US-Abgeordnetem wird Einreise verwehrt

Westpapua: Seit Jahren setzt sich der Abgeordnete aus Amerikanisch-Samoa im US-Kongress, Eni Hunkin Faleoma-

vaega, für die Rechte und Selbstbestimmung der Papuas in Indonesien ein. Am 22. Juni 2007 während einer Debatte im US-Repräsentantenhaus über das „Foreign Operations Appropriations Bill“ äußerten er und andere Mitglieder sich kritisch zu Korruption und Menschenrechtsverletzungen durch das indonesische Militär. Die Parlamentarier forderten, dass die US-Militärhilfe an Indonesien an strengere Bedingungen geknüpft werde. Sie wiesen darauf hin, dass Mitglieder der indonesischen Sicherheitskräfte, die sich an Menschenrechtsverletzungen beteiligt haben, selten rechtlich verfolgt und angemessen bestraft werden. Äußerungen, wie etwa die des Regionalkommandanten von Papua, Oberst Burhanuddin Siagian, der gedroht hatte, alle Papuas, welche die Rechtmäßigkeit der indonesischen Präsenz in Westpapua in Frage stellen, zu „zerstören“, wecken Zweifel an der Legitimität der militärischen Zusammenarbeit mit Indonesien, etwa im Rahmen des Militärausbildungsprogrammes „International Military Education and Training“ (IMET).

Am 2. Juli 2007 kündigte der Generaldirektor für europäische und amerikanische Angelegenheiten der indonesischen Regierung, Eddhi Hariyadi, an, dass Faleomavaega, der am nächsten Tag von Thailand nach Jakarta und dann weiter nach Westpapua reisen wollte, keine Reise Genehmigung für Jayapura erhalten würde. Die Begründung lautete, dass ein Besuch Faleomavaegas in Westpapua von bestimmten Gruppierungen instrumentalisiert werden könnte, um Unruhe zu stiften.

Tatsächlich musste Faleomavaega, der am 3. Juli zusammen mit vier anderen Kongressmitgliedern auf dem Soekarno-Hatta Flughafen ankam, seinen Besuch auf die indonesische Hauptstadt beschränken. Außenminister Hasan Wirajuda, den Faleomavaega am 4. Juli

traf, behauptete, dass mit dem amerikanischen Gast vereinbart worden war, dass er nicht nach Westpapua reisen würde. Die Begegnungen mit Parlamentariern und Mitgliedern der Regierung in Jakarta gäben ihm ein umfassendes Bild der indonesischen Demokratie, einschließlich Westpapas.

Merkwürdigerweise erfolgte das Reiseverbot für Faleomavaega genau einen Monat nach dem Besuch der UN-Sondergesandten Hina Jilani in Westpapua. Die Erkenntnisse Jilanis hatten konstruktive Vorschläge an die indonesische Regierung zur Folge, wie die Situation in Westpapua verbessert werden könnte.

Offensichtlich wollte die Obrigkeit die Teilnahme Faleomavaegas an der 2. Großkonferenz des sehr einflussreichen traditionellen Adat-Rates (Dewan Adat Papua, DAP), der vom 3. bis 6. Juli 2007 in Jayapura tagte, verhindern.

In der Tat war dies ein emotionsgeladenes Ereignis. Während der Eröffnungsfeier im Mandala-Stadion, an der tausende Papuas aus allen sieben Adat-Regionen West-Papuas teilnahmen, schwenkten einige junge Tänzer und Tänzerinnen die von Indonesien streng verbotene Morgensternflagge. Beim Anblick der Fahne, die etwa 20 Minuten lang geschwenkt wurde, sollen hunderte Teilnehmer immer wieder „*merdeka*“ (Freiheit) gerufen haben. Auf sehr kreative Weise brachten die Tänzer die Leidensgeschichte des Papua-volkes seit Anfang der 1960er Jahre und die anhaltende Armut der Bevölkerung zum Ausdruck.

Der Vorsitzende des DAP, der Papua Tom Beanal, forderte unter großem Beifall, dass die Regierung endlich den „Wasserhahn der Demokratie“ aufdrehen solle. Gouverneur Barnabas Suebu stellte in seiner Rede seine Vision vom *Papua baru* (dem neuem Papua) dar.

Mehr als 500 Papuas aus 250 Stammeseinheiten nahmen in den folgenden Tagen an der Konferenz in der Volkssporthalle (GOR) von Jayapura teil. Die Hauptaufgabe der Konferenz lag in der Auswertung der Arbeit des DAP während der vergangenen fünf Jahre (2002-2007) und die Zielsetzung der neuen Legislaturperiode des Rates (2007-2012). Kritisiert wurde, dass die Provinzregierung nicht ernsthaft auf die vorgeschlagenen Konzepte des DAP eingehe.

Sehr groß war die Enttäuschung, dass Faleomavaega nicht kommen durfte. Thaha Alhamid, Generalsekretär des DAP, warnte, dass die Verhinderung des amerikanischen Kongressabgeordneten ein schlechtes Licht auf die Menschenrechtspolitik Indonesiens werfe. Mit einem Visum für Indonesien dürfe eigentlich jeder Besucher alle Provinzen, einschließlich Papua, bereisen. Dass Faleomavaega nicht nach Jayapura durfte, sei ein Beweis, dass Jakarta Westpapua immer noch als Sonderzone behandle.

Polizei und Militär waren in höchster Alarmbereitschaft (*siaga satu*). Berichten in Lokalzeitungen zufolge waren die Sicherheitskräfte kurz davor einzugreifen, als die Morgensternflaggen im Stadion geschwenkt wurden. Angeblich durch gute Koordination und erfolgreiche Verhandlungen mit den Veranstaltern, die immer wieder betonten, dass die Morgensternflagge gewissermaßen zur Theateraufführung dazugehörte und der Einheitsstaat in keiner Weise gefährdet sei, konnte das Schlimmste verhindert werden. Bis auf einige Patrouillen vor der Volkssporthalle, die als *show of force* dienen sollten, blieben die Kampfpolizei *Brimob* und Militär in ihren Revieren bzw. Kasernen. Allerdings warnte der Kommandant von Jayapura, Oberstleutnant Napoleon, die Veranstalter, dass jeglicher Separatismus aufs schärfste bekämpft werden würde.

Angesprochen auf die Drohungen der Sicherheitskräfte wegen der Morgensternfahnen sagte Faleomavaega auf einer Pressekonzferenz am 5. Juli in Jakarta, dass der indonesische Staat überreagiere. Eine Demokratie müsse die Kritik ihrer Bürger aushalten. Die Politik der Sonderautonomie sei zwar vom Ansatz her richtig, in der Umsetzung gäbe es aber noch große Mängel.

Paul Barber von der Londoner Menschenrechtsorganisation TAPOL kommentierte: „Der unbeschränkte Zugang nach Westpapua für internationale Parlamentarier, Diplomaten, Journalisten und Menschenrechtsorganisationen würde zu einem besseren Verständnis der Lage in der Region führen und der Genauigkeit der Berichterstattung dienen. Das müsste im Interesse der indonesischen Regierung sein. Restriktionen der Reisefreiheit sind kontraproduktiv und führen zu Verdächtigungen, dass die Regierung etwas vor der Außenwelt zu verbergen habe“.

Übrigens: Honorable Eni Hunkin Faleomavaega aus Amerikanisch-Samoa wurde kürzlich zum Vorsitzenden des „Foreign Affairs Subcommittee on Asia, the Pacific and Global Environment“ im US-Kongress gewählt. (E.Info Nr. 194 des West-Papua-Netzwerks 09.07.07, Pressemitteilung des PCRC 04.07.07, West Papua Report July 2007)

Protest gegen Ernennung des Befehlshabers

Westpapua: Rund 30 internationale kirchliche, in der Entwicklungshilfe engagierte und politische Organisationen haben in einem offenen Brief an den indonesischen Präsidenten Bambang Susilo Yudhoyono gegen die Ernennung von Oberst Burhanuddin Siagian zum Befehlshaber des Militärkommandos des Unterbezirks Jayapura (Papua) protestiert. Oberst Siagian wurde bereits zweimal wegen Verbrechen gegen die

Menschlichkeit in Timor-Leste (früher: Osttimor) angeklagt. Die Unterzeichner des Briefes klagen Indonesien an, seinen Verpflichtungen unter internationalem und indonesischem Recht nicht nachgekommen zu sein, Oberst Siagian wegen seiner mutmaßlichen Verbrechen strafrechtlich zu verfolgen. Auch sei es versäumt worden, den Oberst an Timor-Leste auszuliefern. Stattdessen wurde er befördert und ist nun als Befehlshaber der militärischen Einheit „Korem 172“ für die äußerst empfindliche Region Papua zuständig.

Gemäß den Anklageschriften des Sonderausschusses für ernste Verbrechen des Bezirksgerichts von Dili (Timor-Leste) von Februar und Juli 2003 hatte Oberst Siagian in öffentlichen Reden gedroht, Befürworter der Unabhängigkeit von Osttimor umzubringen. Laut Anklageschriften ist er auch für den Tod von sieben Männern im April 1991 verantwortlich. Er ist mit persönlicher Haftung und mit der Haftung des Befehlshabers der Bobonaro Distriktsmilitärkommandantur in Maliana (Osttimor) für die folgenden Verbrechen gegen die Menschlichkeit angeklagt: Folter, Mord, Verfolgung, Vertreibung und Zwangsumsiedlung der zivilen Bevölkerung.

Die Unterzeichner des Briefes fordern den indonesischen Präsidenten auf, Oberst Siagian sofort aus Westpapua abziehen und ihn vom aktiven Dienst zu suspendieren. Weiterhin fordern sie, die gerichtlichen Prozesse in Timor-Leste zu unterstützen und die in Indonesien lebenden Angeklagten nach Timor-Leste auszuliefern.

Zu den Unterzeichnern des Briefes zählen u.a. die Menschenrechtskampagne ELSHAM, DeMMaK, die Kommission für Verschollene und Opfer der Gewalt, SOLIDAMOR, INFID, Human Rights Watch, der australische West Papua Verband, die britische Kampagne für ein freies

Westpapua sowie aus Deutschland Watch Indonesia! und das West-Papua Netzwerk. (*Brief der Gruppen vom 28.06.07, West Papua Report July 2007*)

Neue Führung der Papuas fordert mehr Freiheit

Westpapua: Am 5. Juli wurde Forkorus Yaboisembut von den 52 anwesenden Adat-Häuptlingen und Vertretern der Frauen und Religionsgemeinschaften zum neuen Vorsitzenden des Adat-Rates (DAP) gewählt. Die zweite Großkonferenz der sieben Adat-Regionen Westpapas, die vom 3. bis zum 6. Juli 2007 in Jayapura tagte, wählte den Pädagogen für die Periode von 2007 bis 2012. Er ist der Nachfolger von Tom Beanal, der dieses Amt 2002-2007 bekleidete.

Yaboisembut wurde in einer traditionellen Zeremonie in das Amt des *Ketua Ondofolo* (Oberhäuptling) des DAP eingeführt. In seiner Antrittsrede führte er aus, dass die Mehrheit der Papuas für die Unabhängigkeit sei. Er gründete diese Aussage auf eine unter seiner Leitung durchgeführte Volksbefragung. Mit Nachdruck wies er die Beschuldigungen von Vertretern der indonesischen Obrigkeit zurück, er wolle durch unbegründete Behauptungen das Volk aufwiegeln. Er gebe nur das Empfinden der Papuas in den Dörfern wieder. Unter großem Applaus kündigte Yaboisembut an, dass der Adat-Rat demnächst eine vernünftige Debatte über diesen Wunsch nach Freiheit im Volke führen und dieses Anliegen auch in einem Gespräch mit dem Staatspräsidenten Susilo Bambang Yudhoyono erörtern wolle. Er hoffe, dass die Regierung dann auch „rational“ darauf eingehen werde.

Der neue Vorsitzende sprach auch einige aktuelle Probleme in den Bereichen Politik, Wirtschaft und Umwelt an. Die Regenwälder seien die Lungen der Erde

und dürften nicht zerstört werden. Da die ganze Menschheit von den Regenwäldern profitiere, sollten die Papuas sie nicht nur schützen, sondern auch fordern, dass internationale Investoren sie für diese Schutzfunktion bezahlen. Darüber werde er auf jeden Fall mit dem Gouverneur reden, der ja vorhabe, dort, wo jetzt noch Regenwälder stehen, große Palmölplantagen zur Produktion von Bioethanol zu pflanzen. Das Volk der Papua müsse zumindest an solchen Prozessen beteiligt werden.

Zuletzt sprach Yaboisembut auch die sehr umstrittene politische Rolle des Adat-Rates an. Viele Vertreter aus den Dörfern forderten, dass der Adat-Rat sich mehr zu politisch-relevanten Themen äußere. Besonders in Fällen, wo die Menschenrechte der Papuas verletzt werden, dürfe der Adat-Rat nicht schweigen.

Tom Beanal sagte in seiner Abschiedsrede, dass die Papuas nicht vor großen Herausforderungen zurückschrecken dürften. Die Freiheit sei nicht etwas, was man sich wie ein Dieb „stehlen“ müsste, sondern bereits das Gesetz der Sonderautonomie gebe den Papuas die Möglichkeit, sich selbst zu verwalten. Militär und Polizei sollten den Papuas dankbar sein, für ihre Sicherheit sorgen zu dürfen. Es gehe nicht an, dass die Sicherheitskräfte gegen den Willen der Bevölkerung handeln. Beanal erklärte, dass die Aggressivität der Sicherheitskräfte mit Rassismus erklärt werden könne. Indonesier fürchteten sich vor den schwarzhäutigen Papuas. Er forderte die Papua-Landräte und Papua-Gouverneure heraus, freie Herren in ihrem eigenen Land zu werden und keine ängstlichen Vollstrecker von Jakarta Gnaden.

Der scheidende Generalsekretär (und neuer 2. Vorsitzender) Thaha Alhamid sagte gegenüber Reportern, dass Tom Beanal, Häuptling vom Volk der Amung-

me von Mimika, sich auf seine Aufgabe als Vorsitzender des vom Papua-Kongresses im Jahre 2000 gewählten Papuapräsidiiums konzentrieren werde. Dadurch würde es auch eine klare Aufgabenverteilung zwischen der Führung des Adat-Rates und der Führung des Präsidiiums geben. Die Großkonferenz wählte Beanal zum Vorsitzenden des Beratungsrates des DAP. (E-Info Nr. 193 des West-Papua-Netzwerkes 11.07.07)

Parlamentswahlen in Timor-Leste

Timor Loro Sae: Bei den Parlamentswahlen Ende Juni in Timor-Leste konnte keine Partei die absolute Mehrheit erreichen. Die Fretilin unter Vorsitz von Mari Alkatiri erhielt nur 29 % der Wählerstimmen (zum Vergleich: 57 % bei den Wahlen 2001). Die Partei des ehemaligen Präsidenten Xanana Gusmao, die „National Congress for the Reconstruction of East Timor“ (CNRT), erhielt 23 %. Die beiden großen Parteien konkurrierten mit zwölf anderen Parteien um den Einzug ihrer Kandidaten in das 65-sitzige Parlament in Dili. 500.000 Osttimoresen beteiligten sich an der Wahl, die von Wahlbeobachtern aus der Europäischen Union im großen und ganzen als „frei und fair“ bezeichnet wurde.

Die Fretilin muss sich nun Koalitionspartner suchen. Mit ihren 29 % kann sie nur über 21 Sitze im Parlament verfügen. Wegen eines eher persönlichen Streits zwischen Alkatiri und Gusmao vermuten Beobachter jedoch, dass sich eine große Koalition eher um Gusmaos Partei bilden wird, mit ihm als Premierminister. Gusmao hatte bei den Präsidentschaftswahlen vor einem Monat bewusst auf eine erneute Kandidatur als Präsident verzichtet und damit den Weg freigemacht für die Wahl von José Ramos-Horta. Gusmao hatte erklärt, ihm sei das Amt des Präsidenten zu „zeremoniell“, als

Premier habe er mehr politische Entscheidungsbefugnis.

Nach den Wahlen erklärte Gusmao gegenüber der Presse, mit einem Bündnis von vier anderen größeren Parteien (u.a. Democratic Party, Social Democratic Party of East Timor) werde seiner CNRT die große Koalition gelingen. Er würde damit über 37 der 65 Plätze im Einkammer-Parlament verfügen. Sollte Fretilin eine Koalition mit den kleineren Parteien gelingen, kämen sie nur auf 26 bis 29 Parlamentssitze.

Anfang August beendete Präsident Ramos-Horta mit einem Paukenschlag das politische Geringel. Er machte von seinem Amt Gebrauch und bestimmte Gusmao zum neuen Premierminister. Die Anhänger der Fretilin reagierten mit Gewaltausbrüchen auf diese Entscheidung, Autos und Geschäfte wurden in Brand gesetzt. Ramos-Horta bestimmte zudem, dass Gusmao mit den o.g. vier anderen Parteien koalieren solle, so dass die CNRT nun gemeinsam mit den anderen Parteien mit 37 Stimmen über die einfache Mehrheit verfügt. Diese neue Koalition nennt sich jetzt „Alliance of the Parliamentary Majority“ (AMP). Das empörte wiederum den Parteivorsitzenden der Fretilin-Partei, Mari Alkatiri. Die Fretilin werde niemals mit den anderen Parteien im Parlament zusammenarbeiten, es handle sich um eine illegal an die Macht gekommene Regierung, so Alkatiris harsche Worte.

Info: Das vorwiegend katholische Land hat sich seit seiner Unabhängigkeit im Jahr 2002 vor allem dem Kampf gegen die Armut sowie der Stabilisierung der Sicherheitslage verschrieben. Die Wirtschaft Osttimors liegt am Boden, mehr als die Hälfte der rund eine Million Bewohner sind arbeitslos. Das politische Chaos und die Frustration der Bevölkerung hatten im Mai 2006 zu blutigen Unruhen geführt. 30 Menschen waren zu

Tode gekommen, tausende Menschen flohen vor den Unruhen aufs Land. (BBC News 06.07.07, Asia Pacific 09.07.07, www.vaticanradio.org/, ABC 06.08.08, BBC News 08.08., 09.09.07)

AUSTRALIEN

Mehr militärisches Engagement im Pazifik

Der australische Premierminister John Howard stellte Anfang Juli der Öffentlichkeit die Ergebnisse einer Abschlussprüfung zum militärischen Engagement Australiens vor. Die Studie war vom „Australia Strategic Policy Institute“ (ASPI) im Auftrag der Regierung durchgeführt worden. Sie wurde im Hyatt Hotel in der Hauptstadt Canberra im Rahmen der ASPI-Konferenz „Global Forces 2007“ präsentiert. Howard, Chef der Exekutive, und der australische Verteidigungsminister Brendan Nelson zitierten drei wichtige Ergebnisse des Berichtes: So sei Australiens innere und äußere Sicherheit besonders gefährdet durch 1) den internationalen Terrorismus, 2) die Zunahme von Massenvernichtungswaffen sowie 3) durch die geographische Nähe zu den „politisch labilen“ pazifischen Inselstaaten.

Minister Nelson erklärte, dass das Budget des Verteidigungsministeriums in den letzten zehn Jahren um 47 % auf einen Jahresetat von 22 Milliarden AUS Dollar gestiegen sei, um den sicherheitspolitischen Herausforderungen gerecht zu werden. Damit abgedeckt würden die militärische Beteiligung Australiens im Irak-Krieg, die humanitäre Unterstützung von Staaten, die durch Naturkatastrophen besonders betroffen seien (Erdbeben in Indonesien, Flutwelle auf den Salomon-Inseln) sowie das Engagement in der Friedenstruppe RAMSI (Regional Assistance Mission to the Solomon Islands) auf den Salomonen und in der

Friedenstruppe in Timor-Leste. Man engagiere sich weiter finanziell und personell im „Enhanced Cooperation Programme“ in Papua-Neuguinea und habe auch Truppen nach Tonga geschickt, um bei der Bewältigung der politischen Krise zu helfen. In den vergangenen zwei Jahren habe man ebenfalls viel Geld in die Modernisierung der militärischen Technik und des Materials investiert, erläuterte Nelson.

Howard gab bekannt, dass sich die australische Armee zukünftig noch mehr im Pazifik engagieren wolle. Dazu werde man Spezialeinheiten bilden, die sowohl die von Natur- und Umweltkatastrophen betroffenen Menschen der Region bei Aufbau- und Aufräumarbeiten unterstützen sollen; als auch Einheiten, die im Falle von politischen Krisen und Konflikten in den australischen Anrainerstaaten intervenieren sollen. Diese Intervention sei vor allem in den pazifischen Staaten nötig, in denen australische Expatriates lebten, machte Howard deutlich. Schwache formale Institutionen, Korruption, transnationale Verbrechen sowie der mangelhafte öffentliche Dienst machten pazifische Staaten zu „failing states“, erläuterte Howard. Hier könne Australien mit der Entsendung von Spezialeinheiten Unterstützung leisten.

Die politische Instabilität einiger pazifischer Staaten gefährde die Interessen Australiens. Sie vermindere die Kapazität, die ureigensten Interessen Australiens zu schützen und erschwere zunehmend die australische Entwicklungshilfe in der Region. Menschenhandel, illegale Einwanderung, Geldwäsche und Drogenhandel bedrohten letztendlich alle Australier, so Howard weiter. *„Unsere nationalen Interessen, unsere Größe und unser relativer Reichtum verpflichten uns, moralische Verantwortung für unsere pazifischen Nachbarn zu übernehmen. Unsere Alliierten und unsere internationalen Partner erwar-*

ten das sogar von uns“, sagte Howard wörtlich.

Zum Abschluss seiner Rede bekräftigte Howard die gute Partnerschaft mit den USA. Noch nie zuvor habe man eine stärkere und bessere Allianz geschlossen. Gleichzeitig habe man die guten Beziehungen auch nach Asien ausgedehnt und Bündnisse mit China, Japan, Indien und Indonesien schließen können.

(<http://www.pm.gov.au/media/Speech/2007/Speech24415.cfm>, <http://www.aspi.org.au/>, Flash d'Océanie 06.07.07)

Kava-Importverbot erregt Gemüter

Das am 1. Juli in Kraft getretene Importverbot von Kava in größeren Mengen hat zu Unmut seitens der „Pacific Community“ in Australien geführt. Nach den durch Drogen- und Alkoholmissbrauch ausgelösten Unruhen in Aborigine-Gemeinden des Bundesstaates „Northern Territory“ hatte sich die australische Regierung entschlossen, Kava als Droge zu kategorisieren. Damit fällt die Wurzel nun unter das Arzneimittelbetäubungsgesetz und darf nicht mehr zu kommerziellen Zwecken eingeführt werden. Erlaubt sind lediglich zum persönlichen Gebrauch zwei Kilogramm pro Person.

Das Importverbot hat zu einem Aufschrei der Empörung unter den Pazifikinsulanern geführt, die Kava als traditionelles Getränk in speziellen Bars in „Männerrunden“ genießen. Kava ist von der sozio-kulturellen Bedeutung her in etwa vergleichbar mit dem „Feierabendbier“ im europäischen Kontext.

Pfarrer Sione Pinome von der „Free Tongan Wesleyan Church“ sagte im Interview mit „Radio Australia“, Kava sei ein integraler Bestandteil der tonganischen Kultur. Er bedaure zutiefst, dass es im multikulturellen Australien nun nicht mehr möglich sei, seinen eigenen kulturellen Traditio-

nen zu folgen. Zwei Kilo pro Person seien eine lächerlich geringe Menge, da es sich um die Rohform des Kava (getrocknete Wurzeln) handle. Damit käme ein Mensch nur etwa eine Woche aus bzw. eine Kava-Bar nur einen Abend.

Info: Kava (Piper methysticum) ist eine Pflanzenart aus der Gattung Pfeffer in der Familie der Pfeffergewächse. Traditionell werden frische oder getrocknete Bestandteile der Pflanze mit Wasser aufgegossen. Meist wird zur Gewinnung der Wurzelstock des Rauschpfeffers zu einem feinen Pulver zerrieben oder in einem Mörser zerstoßen; manchmal werden auch Pflanzenteile gekaut und in ein Gefäß gespuckt. Wird die ganze Pflanze bei der Herstellung verwendet und geknetet, enthält das Kava-Getränk später auch ein speichelflussförderndes Enzym. Die so entstehende trübe Emulsion kann mit einem groben Tuch abfiltriert werden, ebenso kann das Pulver in ein Tuch gewickelt und dann im Wasser geknetet werden. Oft wird Kava aus halbierten Kokosnussschalen getrunken.

Die Kavalactone aus Wurzeln und Rinde der Kava-Pflanze mindern Angst- und Spannungszustände. Kava hat eine leichte schmerzstillende und antioxidante Wirkung. Der Genuss entspannt und mindert Unruhen, er führt zu leichter Euphorie, Gesprächigkeit und zu Muskelentkrampfungen. Man schläft erholungsam und es gibt keine Nachwirkungen am Folgetag, solange die Zubereitung keinen Alkohol enthält.

Am 14. Juni 2002 hob das deutsche Bundesinstitut für Arzneimittel und Medizinprodukte (BfArM) die Zulassung für Kava und kavainhaltige Arzneimittel in Deutschland befristet auf. Es reagierte damit auf 40 dokumentierte Fälle von schwerwiegenden Leberschädigungen – drei davon mit tödlichem Verlauf –, bei denen die Einnahme von

Kava-Präparaten vorlag. Seit Mai 2005 können Vertreiber die Zulassung für Kava-Produkte neu beantragen, unter der Auflage, dass klinische Daten zu Wirksamkeit und Unbedenklichkeit mitgeliefert werden, die den heutigen Nachweisanforderungen entsprechen.

Das BfArM-Verbot hatte unmittelbare Auswirkungen auf die Kava exportierenden pazifischen Staaten Fidschi, Vanuatu und Tonga. Die Kava-Industrie brach zusammen. Der Vorsitzende des „Fiji Kava Council“, Ratu Josateki Nawalowalo, erläuterte in der Zeitung „Fiji Times“ den ungeheuren wirtschaftlichen Rückschlag durch das Kava-Verbot. Fidschi hatte seit 1997 Kava in Höhe von rund 100 Millionen FJ Dollar jährlich nach Europa und in die USA exportiert. Nach dem Verbot tendierte der Gewinn aus dem Kava-Export gegen Null. Ratu Josateki erklärte zugleich den Genuss von biologisch angebautem Kava für unschädlich. Eine halbe Million Fidschianer tranken täglich Kava und es sei noch zu keinen Todesfällen infolge des Konsums gekommen. Er könne sich die Leberschäden nur durch die unsachgemäße Verarbeitung der Kava-Wurzel in Europa erklären, so Josateki.

Diese Vermutung wird bestätigt durch den von der Weltgesundheitsorganisation WHO Ende Juni vorgelegten Bericht „The assessment of the risk of hepatotoxicity with kava products.“ Die von einer dreiköpfigen Expertenkommission unter Professor Sotheeswaran von der „University of the South Pacific“ (Fidschi) vorgelegte Studie kommt zu dem Ergebnis, dass Kava bei richtiger Verarbeitung und Anwendung nicht zu Leberschädigungen führen kann. (Radio Australia 13.07.07, Fiji Times 04.06.07, Fiji Daily Post 26.06.07, <http://www.bfarm.de>, <http://www.tonga-now.to>)

Opernhaus wird Weltkulturerbe

Die UNESCO (United Nations Educational, Scientific and Cultural Organization) hat die Oper von Sydney (Sydney Opera House) während ihrer Jahreshauptversammlung im neuseeländischen Christchurch Ende Juni zum Weltkulturerbe ernannt. Das Opernhaus in Australiens Metropole wurde gemeinsam mit 21 anderen kulturellen und natürlichen Besonderheiten in die UNESCO-Liste aufgenommen. Das von der UNESCO erfasste Welterbe setzt sich aus dem Weltkulturerbe und dem Weltnaturerbe zusammen. Insgesamt umfasst die UNESCO-Liste des Welterbes 851 Denkmäler in 140 Ländern. Davon sind 660 als Kulturdenkmäler und 166 als Naturdenkmäler gelistet, weitere 25 Denkmäler werden sowohl als Kultur- als auch als Naturerbe geführt. Eine Unterorganisation der UNESCO, das „World Heritage Committee“, unterstützt bei den in der Liste geführten Objekten den Schutz und/oder die Restaurierung durch fachliche und materielle Hilfe.

Das Opernhaus von Sydney wurde 1957 von dem dänischen Architekten Jørn Utzon entworfen und 1973 von der britischen Königin Elizabeth II. eröffnet. Das Gebäude ist 183 Meter lang, 118 Meter breit und bedeckt eine Fläche von etwa 1,8 Hektar auf einer Halbinsel an der Einfahrt zum Hafen von Sydney. Sein unverwechselbares Dach in Form von mehreren Segeln (oder Muscheln?) ragt 67 Meter hoch auf und ist mit 1.056.000 glasierten, weißen Keramikfliesen verkleidet, die aus Schweden importiert wurden. 580 Betonpfeiler, die 25 Meter tief in den Boden ragen, tragen das etwa 160.000 Tonnen schwere Bauwerk.

Das zunächst äußerst umstrittene Opernhaus hat sich zu einem nationalen Symbol und zum Wahrzeichen für „down under“

entwickelt, es zieht jährlich 4,5 Millionen Touristen aus aller Welt an. Mit einem Alter von „nur“ 34 Jahren ist das Opernhaus ab sofort das jüngste Bauwerk auf der Weltkulturerbe-Liste, zu der z.B. auch die Jahrtausendealten Pyramiden von Gizeh (Ägypten, erbaut um 2.500 v. Chr.) oder die Akropolis (Griechenland, erbaut 467 bis 406 v. Chr.) gehören.

Die UNESCO hat in Australien insgesamt 16 Stätten zum Weltkulturerbe deklariert, u.a. das Great Barrier Reef, den Kakadu-Nationalpark, die Lord-Howe-Inselgruppe, die Shark Bay, den Ulura-Nationalpark mit dem Ayers Rock, die Blue Mountains nahe Sydney und Fraser-Inland.

In Neuseeland gibt es drei Weltkulturerbe-Stätten: den Nationalpark Tongariro, den Südwesten der Südinsel sowie die subarktischen Inseln.

Einziges Weltkulturerbe auf den pazifischen Inseln ist seit 1998 die Insel Rennell in der Provinz Rennell and Belona (Salomon-Inseln).

(Wikipedia,

<http://portal.unesco.org/en>,

<http://www.sydneyoperahouse.com/>)

„TOK BLONG PASIFIK“

PNG-Biere ausgezeichnet

Belgien: Das Qualitätsinstitut „Monde Selection“ aus Brüssel hat bei dem diesjährigen internationalen Qualitätswettbewerb drei Biere aus Papua-Neuguinea mit der „Grand Gold“ Medaille ausgezeichnet. Es handelt sich um die höchste Auszeichnung des belgischen Instituts. Ausgezeichnet wurden die drei Biere SP Lager, South Pacific Export und Niugini Ice des neuguineischen Brauereibetriebes SP Brewery Limited. Dessen Geschäftsführer Stan Joyce sagte, erstmals hätten gleich drei Produkte seines Hauses die prestigeträchtigste Auszeichnung der

Welt errungen. Bereits seit 1952, als das erste SP Bier auf den Markt in Papua-Neuguinea kam, hatte man höchste Qualitätsansprüche an alle Biersorten der SP Brewery, erklärte Joyce. Mit den drei Goldmedaillen habe sich Papua-Neuguinea in die Liga der weltbesten Biere katapultiert und stehe nun auf einer Stufe mit den ebenfalls ausgezeichneten Bieren James Boag's Premium (Australien) und Sam Adam's Light (USA).

Die „Monde Selection“ wurde 1961 von der belgischen Regierung offiziell als Qualitätsinstitut eingesetzt. Das Ziel der staatlichen Organisation ist es, mit Hilfe von Fachleuten und wissenschaftlichen Analysen weltweit gültige Qualitätsstandards für u.a. Biere, Weine und andere Spirituosen aufzustellen. In diesem Jahr stellten sich Betriebe aus 70 Ländern der Qualitätsprüfung. (Post-Courier 25.07.07, <http://www.monde-selection.com/en/index.html>)

Max Hell darf nicht zur Schule

Australien: Die katholische Grundschule „St. Peter the Apostle School“ in der Ortschaft Hoppers Crossing nahe Melbourne (Bundesstaat Victoria) hat sich geweigert, den fünfjährigen Max Hell in die erste Klasse aufzunehmen. Als Grund für die erfolgte Absage nannte die Schule den Nachnamen des Schülers: Hell = Hölle. Familie Hell ist eine aus Österreich stammende Einwandererfamilie. Der Großvater von Max war 1956 ausgewandert. Zuvor hatte er in Rußbach (Niederösterreich) ein Innenausstattungsgeschäft. Maxs Vater Alexander (45) ist Berufsmusiker und Musikpromoter. Er zeigte sich enttäuscht und brüskiert von der Entscheidung der Schulleitung. Diese hatte vorgeschlagen, den Jungen aufzunehmen, wenn dieser den Geburtsnamen seiner australischen Mutter annimmt (geb. Wembridge). Er sei sehr stolz

auf den Familiennamen und die österreichische Herkunft, erklärte Alexander Hell. Man werde versuchen, eine andere katholische Grundschule für Max zu finden. Als gläubige Katholiken wollten sie ihren Sohn unbedingt in einer katholischen Schule einschulen, erläuterten die Eltern. (Die Presse 13.07.07)

„Sesamstraße“ in Indonesien

Indonesien: Die erfolgreichste deutschsprachige Fernsehserie für Kinder im Vorschulalter kommt nach Indonesien.

Die indonesische Sesamstraße „Jalan Sesama“ (deutsch: Jedermann's Straße) soll dabei einen deutlichen Bezug zur indonesischen Lebensumwelt haben. So wird ein Großteil der Handlung im „Kampong“ im dörflichen Kontext spielen, es wird eine Taxihaltestelle für die bekannten „ojeks“ geben, einen auf der Straße aufgebauten Essstand mit typischen indonesischen Snacks und auch einen „Doctor Gigi“ (Zahnarzt). Die Landschaft wird im Hintergrund tropischen Regenwald und waldbedeckte Berge sowie Vulkane zeigen. Ein Schattentheater (Wayang) wird ebenso in der Jalan Sesama aufgeführt werden wie traditionelle Gamelan-Musik erklingen wird. Die sprechenden Puppen sind Orang-Utans namens Jabrik, Rhino und Tantan. Sie sollen auf die vom Aussterben bedrohten Affenarten in den tropischen Regenwäldern hinweisen und Kinder für ihre Umwelt sensibilisieren.

Programmdirektor Mohammad Zudhi erklärte, man wolle viele „reale“ Gäste aus Politik, Umwelt, Wirtschaft, Industrie und Unterhaltung in die Sendung einladen. Dabei wolle man vor allem dem Anspruch gerecht werden, eine „Straße für jedermann“ zu sein. So sollten Menschen unterschiedlicher Hautfarben und Nationalitäten zu Wort kommen, um dem „Vielvölker-

staat“ Indonesien ein Gesicht zu geben. In der Wahl der zu behandelnden Themen sei man frei, allerdings habe man bei der ersten Redaktionssitzung bereits beschlossen, das heikle Thema Religion in dem überwiegend von Muslimen bewohnten Staat außen vor zu lassen.

Info: Sesame Street, so der Originaltitel, startete am 10. November 1969 im US-Fernsehen. Die Rahmenhandlung spielte in der *Sesame Street*, einer im Studio nachgebauten Großstadt-Wohnstraße, in der es ein Lebensmittelgeschäft, einen Hinterhof und Mülltonnen gibt. Am 2. Januar 1978 startete die deutsche „Sesamstraße“, die im Studio Hamburg des NDR in Wandsbek produziert wurde. Im Jahr 2003 wurde der 30. Geburtstag der Sendung mit Sondersendungen und Bühnenshows in deutschen Bahnhöfen gefeiert. Nahezu gleichzeitig änderte die ARD die Ausstrahlungszeiten: Der traditionelle Termin am Vorabend entfiel und wurde durch Termine im Früh- bzw. Mittagsprogramm ersetzt. Die halbstündigen Folgen der „Sesamstraße“ setzen sich zusammen aus sechs bis zehn kleineren, meist thematisch unabhängigen Einzelbeiträgen, die eine inhaltlich zusammenhängende Rahmenhandlung unterbrechen. Neben sketchartigen oder lehrreichen Puppenspielen, Trickfilmen und Kinderliedern gibt es auch Realbeiträge über einfache Situationen aus dem Kinderalltag oder über die Herstellung eines Produkts. (Asia Pacific 22.06.07, <http://www3.ndr.de>)

SPORT

† Sophia Raddock

Fidschi: Die „große alte Dame“ des fidschianischen Sports, Sophia Raddock, starb am 9. Juni an einem Herzinfarkt während ihrer Rede auf der Jahreshauptversammlung des „Team Fiji“. Die im Volksmund als „Aunty So“ bekannte Raddock war die erste international bekannte Frau im pazifischen Sportgeschehen. In jungen Jahren führte sie das fidschianische Hockey-Team zu großen Auswärtserfolgen. Nach ihrer aktiven Sportlerkarriere übernahm Raddock zunächst die Präsidentschaft der Fiji Hockey Federation. Von 1982 bis 1990 hatte sie verschiedene hohe Funktionen beim nationalen Sportausschuss („Fiji Sports Council“) inne. Ab 1987 war Raddock für das fidschianische Olympische Komitee (Fiji Association of Sports and National Olympic Committee) zuständig, deren Vorsitz sie lange innehatte. 1997 wurde sie zum lebenslangen Ehrenmitglied des National Olympic Committee ernannt. Raddock gehörte auch zu den Gründern der Bewegung „Frauen im Sport“ (WISO, Women in Sports Movement).

Für ihr 65-jähriges Engagement wurde diese große alte Dame des Sports mit zahlreichen Preisen geehrt, u.a. mit dem Olympischen Orden des Internationalen Olympischen Komitees IOC.

Raddock wurde auf dem alten Friedhof in Suva beerdigt, an der Trauerfeier nahmen neben Familienangehörigen und Freunden viele Sportfunktionäre teil.

(Radio Australia 11.06.07, fijivillage.com 13.06.07, <http://en.olympic.cn>, <http://www.sportingpulse.com>)

„Sex-Bann“ für Sportler

Samoa: Die Organisatoren der Südpazifischen Spiele in Samoa, Hauptstadt Apia, haben mit

einer Kurzmitteilung an die teilnehmenden Sportler für Aufregung gesorgt. Die Sportler werden darin aufgefordert, während der Spiele vom 25. August bis zum 8. September in der Öffentlichkeit nicht zu rauchen, zu trinken, sich zu „überfressen“ oder im öffentlichen Raum Geschlechtsverkehr zu haben. Der „Sex-Bann“ wurde dabei vor allem in Richtung der lesbischen und schwulen Sportler ausgesprochen. Roger To'atooalii Stanley, der Präsident der „Samoa Fa'afafine Association“ (SFA), reagierte mit Entsetzen auf die Anweisung der Unterlassung von öffentlichem Geschlechtsverkehr zwischen Homosexuellen. Die Anweisung sei diskriminierend, da es sich um ein Sexverbot ausschließlich für Schwule und Lesben handle. Heterosexuellen werde der Sex während der Spiele nicht explizit verboten. Außerdem sei eine solche Anweisung wirklich nicht nötig, sagte der im Ministerium für Frauen beschäftigte Stanley weiter. Fa'afafines seien ganz normale erwachsene und reife Menschen, denen es nicht im Traum einfallen, sexuellen Aktivitäten auf offener Straße nachzugehen.

Die „Pacific Islands Aids Foundation“ will die pazifischen Spiele zu einer Öffentlichkeitskampagne über die Gefahren der Immunschwächekrankheit HIV/AIDS nutzen. Dazu kooperiert sie mit UNAIDS und mit dem Pacific Islands Forum. Während des sportlichen Großereignisses sollen rund 50.000 Kondome kostenlos verteilt werden. Kondome gehören auch zum dem „Security Kit“, das jeder Sportler vom Organisationskomitee bekommt.

Info: Die Fa'afafine, das so genannte „dritte Geschlecht“, sind (biologische) Männer, die als Frauen leben. Die soziale Umwandlung der Geschlechter hält meist ein Leben lang: Weibliche Männer sind Teil der traditionellen Kultur Polynesiens und gesellschaftlich akzeptiert. Als ho-

mosexuell gelten sie nicht – eine Fa'afafine fühlt und begreift sich als Frau, ihre Beziehung zu Männern gilt als heterosexuell. (Newsline Newspaper Samoa 24.07.07, Flash d'Océanie 09.08.07)

SPG 2011 in Kanaky

Kanaky: Die 14. Südpazifischen Spiele (South Pacific Games, SPG) finden im September 2011 in Neukaledonien statt. Die bereits 2005 in Koror (Palau) getroffene Wahl des französischen Überseegebietes als Austragungsort der Spiele wurde nun im Sekretariat der Pacific Community in Nouméa bestätigt. Dazu waren der Vorsitzende der Spiele, der Indu-Fidschianer Vidhya Lakhan, der Vorsitzende des neukaledonischen „Comité territorial olympique et sportif“ (CTOS), Daniel Cornaille, sowie die Präsidentin des eigens gegründeten „NC 2011“-Komitees, Frau Pascale Bastien-Thiry, nach Nouméa gereist.

Neukaledonien hat angekündigt, in den nächsten vier Jahren seine bereits vorhandenen Sportstätten zu modernisieren. Geplant sind des Weiteren der Neubau einer Mehrzwecksporthalle sowie die Anlage eines Olympischen Dorfes. Dafür ist ein Budget von drei Milliarden französischen Pazifikfrancs veranschlagt worden. Frankreich wird sich anteilig an den Kosten für die Austragung dieser „Olympischen Spiele des Pazifiks“ beteiligen. Man rechnet für 2011 mit 5.000 Sportlern und Gästen, die eigens für die SPG anreisen werden. (Oceania Flash 23.07.07, <http://www.oceaniaport.com>)

KIRCHLICHE NACHRICHTEN

AUS PAPUA-NEUGUINEA

AUS DER ELC-PNG

Spende im Gepäck

Üblicherweise läuft der Geldsegen von Nord nach Süd. Das ist auch in der Partnerschafts- und Missionsarbeit nicht anders. Trotzdem gibt es manchmal kleine, aber bemerkenswerte Ausnahmen.

Da besuchen derzeit zwei Frauen und zwei Männer aus lutherischen Gemeinden in Port Moresby, der Hauptstadt Papua-Neuguineas, ihre Partner im Dekanat Nürnberg-West. Und was haben sie im Gepäck? Eine Spende von knapp 440 US-Dollar „für die Missionsarbeit im Dekanat Nürnberg-West“, wie der Gemeindeleiter der Kirap-Bek-Gemeinde, Sagowa Langga, stolz erklärt. *„Wir haben immer etwas bekommen. Nun wollen wir etwas zurückgeben, egal wie viel es ist.“*

Das Geld kam bei der Kollekte des so genannten „Partnerschaftssonntags“ im vergangenen Oktober zusammen, der seit 15 Jahren in beiden Dekanaten am gleichen Tag begangen wird. Dabei werden in den Nürnberger Gottesdiensten Lieder aus Papua-Neuguinea gesungen, Briefe der Partnergemeinden aus Port Moresby vorgelesen und füreinander gebetet.

Seit 21 Jahren besteht von fünf Nürnberger evangelischen Gemeinden aus eine Partnerschaft zu Kirchengemeinden in der Hauptstadt und im Süden Papua-Neuguineas, die vor allem von einem regelmäßigen Briefverkehr und gegenseitigen Besuchen lebt, wie Pfarrer Gerhard Helmreich von der Nikodemus-Gemeinde in Nürnberg-Röthenbach weiß. Er ist seit Jahren auch Missionspfarrer für

das Prodekanat Nürnberg-West und hat die Gemeinden im fernen Papua-Neuguinea auch schon besucht.

In Bayern pflegen mehr als 70 Dekanate, Schulen und Institutionen Partnerschaften nach Übersee, die von Mission Eine-Welt im Auftrag der bayerischen evangelischen Landeskirche begleitet und unterstützt werden. Davon bestehen etwa die Hälfte mit der Evangelisch-Lutherischen Kirche von Papua-Neuguinea. (*Pressemitteilung Mission EineWelt, 22.06.07*)

AUS DER ÖKUMENE IN PNG

25-jähriges Jubiläum der Diözese Wabag

In Wabag gab es gleich zwei Jubiläen zu feiern, nämlich sowohl das 25-jährige Bestehen der katholischen „Good Shepherd Diocese“, als auch das ebenso lange Amtsjubiläum von Bischof Hermann Raich, dem Gründer der Gemeinde. Die Feierlichkeiten dauerten zwei Tage an, und mehrere tausend Personen nahmen an ihnen teil. Der Bischof sah die Feier als große Ehre, da er nur durch Umwege zur Kirche gekommen ist und trotz seiner nicht geistlichen australischen Herkunft unter der Bevölkerung PNGs Anerkennung gefunden hat. (*The Catholic Reporter June 2007*)

Neuer Oberhirte in Lae ernannt

Am 5. Mai 2007 wurde Christian Blouin zum Bischof der katholischen Gemeinde in Lae ernannt. Das Amt übernahm er von Henry van Lieshout, welcher 1966 zum ersten Bischof der gerade neu gegründeten Diözese ernannt worden war. Im Zuge der Amtseinführung wurde Bischof Christian auch zum „Big Man“ eines Klans vom Fluss Sepik sowie zum „Stammesältesten“

der Einwohner der Insel Bourgainville gekürt. Begleitet wurde die Zeremonie von traditionellen Tänzen; die Gläubigen überreichten ihrem neuen Bischof Geschenke. (*Mariannahill Missionare*)

Hohe Auszeichnung für Missionskräfte

Am 1. März 2007 wurden in der neuguineischen Hauptstadt Port Moresby Schwester Mary Bernadette Howard und Schwester Gerhardia Koopmann von den „Missionsschwestern vom heiligsten Herzen Jesu“ aus Münster-Hiltrup von der Regierung Papua-Neuguineas für ihre langjährigen missionarischen Dienste ausgezeichnet. Geleitet wurde die Zeremonie von Sir Paulias Matane, dem dortigen Generalgouverneur. Für die beiden Missionarinnen war das Ereignis ein sehr einschneidendes Erlebnis, wie Schwester Gerhardia in einem Interview schilderte. So berichtet sie von einem roten Teppich, der eigens ausgelegt war, einer Kapelle und unzähligen Offizieren in Uniform, die das Empfangskomitee bildeten. Dies hat sie sehr beeindruckt.

Schwester Gerhardia lebt nach knapp 40-jähriger Missionstätigkeit im Kloster der Schwestern in Vunapope (Insel Neubritannien) nun im Ruhestand im deutschen Mutterhaus des Ordens in Hiltrup. (*Kontinente Juni 2007*)

AUS ANDEREN LÄNDERN

AUSTRALIEN

50-jähriges Jubiläum der Katholischen Kirche

Vor mehr als 100 Jahren kamen die ersten „weißen“ Missionare nach Bidadjanga in Westaustralien. Dies brachte für die dort lebenden Aborigines große Veränderungen, denn es wurden europäische Mitarbeiter der Kirche in ihrem Lebensraum ange-

siedelt. Diese gingen ihrer Missionsarbeit nach, und so geschah es, dass aus kleinen christlichen Gemeinden große Gemeinschaften wurden. Eine dieser Gemeinschaften, nämlich jene in Bidydanga, feierte erst kürzlich ihr 50-jähriges Bestehen. (<http://www.abc.net.au>)

Bibel erstmalig auf Kreolisch erschienen

Erstmals erschien kürzlich die Bibel (Baibul) auf Kreolisch. Der Öffentlichkeit präsentiert wurde die Übersetzung im Zuge der vierzigsten christlichen Messe in der Ortschaft Katherine in der „Katherine Lutheran Convention“ im Bundesstaat „Northern Territory“ (Australien). Dort hatten sich mehr als 2.000 Menschen versammelt, um dieser Veranstaltung beizuwohnen. Es ist das erste Mal, dass die Heilige Schrift in einer Sprache der Aborigines übersetzt wurde. Mehr als einhundert Personen, hauptsächlich kreolisch sprechende, waren an dem Projekt beteiligt, das sich über 30 Jahre lang hinzog. Unterstützt wurde die Bibelübersetzung sehr von der LCA, der Lutherischen Kirche Australiens. (*The Lutheran June 2007*)

FIDSCHI

Methodisten leiden unter geringer Mitgliederzahl

Die Methodistenkirche auf Fidschi ist über die stetige Abnahme ihrer Anhänger beunruhigt. Als Ursache wird hauptsächlich die zunehmende Migration nach Australien und Neuseeland genannt. Aufgrund dieser sank die Mitgliederzahl auf ein Minimum von nur noch 9.200 Methodisten, der gleichen Zahl wie zu Beginn der Methodistenarbeit auf der pazifischen Insel. Der Grund für die Auswanderungswelle liegt wohl in der maroden Wirtschaft des Landes, jedoch verschlechtert sich dadurch

die wirtschaftliche Lage des Landes weiterhin, da es immer mehr an qualifizierten Arbeitskräften mangelt. (*Fiji Times 15.07.07*)

SALOMONEN

COM plant Universität

Die „Church of Melanesia“ (COM) plant den Bau einer eigenen Universität im Norden der Salomonen-Insel Guadalcanal. Ein Arbeitsausschuss, bestehend aus Regierungsmitgliedern und Vertretern von privaten und kirchlichen Einrichtungen, hat bereits seine Arbeit aufgenommen. Zunächst müsse ein Architektenteam Pläne für das rund 200 Hektar große Grundstück nahe Black Post vorlegen, erklärte Projektleiter Philip Kapini. Die Universität der COM soll Lehrveranstaltungen in den Bereichen Erziehung und Gesundheit anbieten. Der Bau einer Universität ist nach Angaben von Kapini nötig, weil die bisherige Ausbildungsstätte der Church of Melanesia, das „Bishop Patteson Theological College“ im Westen Guadalcanals verlegt werden muss.

Die „Church of the Province of Melanesia“ (kurz: Church of Melanesia) ist ein Teil der anglikanischen Kirchengemeinschaft und umfasst die melanesischen Staaten Salomonen, Vanuatu und Neukaledonien. 1975 wurde sie als eigene Kirche unabhängig. In den acht Diözesen der COM unter Vorsitz eines Erzbischofs leben insgesamt 250.000 Mitglieder. (*SIBC 03.06.07, <http://melanesia.anglican.org/>*)

CHINA

Neuer Bischof in Peking gewählt

Am 16.07.2007 wurde Joseph Li Shan zum neuen Bischof der katholischen Kirche in Peking gewählt, auch wenn dies ohne die offizielle Zustimmung des Vati-

kans erfolgte. Das Problem der katholischen Kirche in China besteht darin, dass es zwei „Unterkirchen“ gibt. Eine ist die „patriotische“, welche vom chinesischen Staat geleitet und gestattet ist; die zweite ist eine Art „Untergrundkirche“, die Kontakte in den Vatikan unterhält. Einen Monat zuvor hatte Papst Benedikt XVI zwar zur Wiedervereinigung der beiden Splittergruppen aufgerufen, jedoch ohne jeglichen Erfolg. Daher ist fraglich, ob der neue Bischof nun auch als solcher vom Vatikan anerkannt wird. Bischof Li Shan selbst sagte zu dem Thema nur, dass es Sache der chinesischen Regierung sei, ihn einzusetzen. (*BBC News online 18.07.2007*)

Impressum:

Kein Pressedienst

Nachrichtenzusammenstellung und Redaktion: Julia Ratzmann

Kirchliche Nachrichten:
Pfr. Thomas Paulsteiner

„pazifik aktuell“ erscheint vierteljährlich und ist kostenlos.

Wir bitten um eine Spende für die Partnerkirchen im Pazifik auf das Konto 10 11 111, BLZ 760 605 61 bei der ACREDOBANK eG in Nürnberg

Quellen:

• epd • Jakarta Post • National • National Geographic • Oceania Flash /Flash d'Océanie • Pacific Beat • Pacific Islands Report (PIR) • Pacific Magazine • Pacific News Bulletin (PNB) • Pacific Nius • Post Courier • Radio Australia • Radio New Zealand International (RNZI) • New Zealand • Sydney Morning Herald (SMH) • TahitiPresse • taz • The Lutheran • Wantok •

Herausgeber:

Pazifik
INFORMATIONSSTELLE



Mission EineWelt

Ökumenisches Zentrum für Partnerschaft, Entwicklung und Mission der Evangelisch-Lutherischen Kirche in Bayern

Hauptstraße 2 • 91564 Neuendettelsau
Tel 09874 9-1220 • Fax 09874 9-3120